Morgenausgabe

Nr. 389 / A 196 — 47. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3,60 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einschließlich 60 Pfg. Postzeitungs- und 72 Pfg. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

*

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend". Illustrierte Beilagen „Volk und Zeit" und „Kinderfreund". Ferner „Frauenstimme", „Technik", „Blick in die Bücherwelt", „Jugend-Vorwärts" und „Stadtbeilage".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
21. August 1930

Groß-Berlin **10** Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenkasse Lindenstr. 3.

Für die Sozialdemokratie!

Beschluß des Verbandstages der Metallarbeiter.

Der gegenwärtige Wahlkampf ist eine der erbittertsten politischen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit. Die besitzende Klasse versucht mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien den durch die Staatsumwälzung erreichten Einfluß der Arbeiterschaft auf Staat und Wirtschaft unter Beseitigung der formalen politischen Demokratie zu beseitigen. Die erbitterten Kämpfe um die

Verschlechterung der Arbeitslosen-, Kranken- und Invalidenunterstützung

waren Vorpostengefechte für eine Generaloffensive gegen die sozialen Errungenschaften und gegen die im harten Ringen erreichte soziale und kulturelle Stellung der Arbeiter. Um dieses Ziel zu verwirklichen, wurde die Regierung Hermann Müller gestürzt, weil sich deren sozialdemokratische Mitglieder schützend vor die Interessen der Arbeiterklasse stellten. Durch Verfassungsbruch hat die nachfolgende Bürgerblockregierung unter Führung des Zentrumsministers Brüning ihre unerhörten arbeiterfeindlichen Maßnahmen durchgeführt und den Reichstag aufgelöst, als die Sozialdemokratische Partei die Aufhebung dieser reaktionären Verordnungen erzwungen hatte.

In diesem Wahlkampfe stehen höchste gewerkschaftliche Interessen auf dem Spiel.

Es wird entschieden, ob ein weiterer sozialer Ausbau der Republik erfolgt oder ob die deutsche Arbeiterklasse wieder ein schutzloses Ausbeutungsobjekt der Bourgeoisie werden soll. Es geht um die Erhaltung der politischen Demokratie mit ihren Rechten für die arbeitende Masse und gegen die faschistische Diktatur.

In diesem gewaltigen Ringen wird die Sozialdemokratie von allen Parteien bekämpft, weil nur sie die wahre Interessenvertreterin der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Belange der Arbeiterklasse ist. Die Kommunistische Partei sieht in ihrer Verblendung auch in diesem Kampfe wieder ihre Aufgabe in der Stärkung der Front der Arbeiterfeinde.

Der Verbandstag fordert alle Metallarbeiter und -arbeiterinnen mit ihren Angehörigen auf, in entschiedenster Weise für die Sozialdemokratie zu werben,

damit diese am 14. September im Parlament so stark wird, die vorhandenen sozialreaktionären Maßnahmen zu beseitigen und solche für die Zukunft zu verhindern. Durch einen sozialdemokratischen Wahlsieg muß die Bahn für einen weiteren sozialen und kulturellen Aufstieg des schaffenden Volkes frei gemacht werden.

Träume von Arbeitsbeschaffung.

Entlassungen statt Neueinstellungen

Die Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatte die Betriebsräte der für die Reichspost arbeitenden Betriebe zusammenberufen, um festzustellen, in welcher Form sich das Arbeitsbeschaffungsprogramm auswirkt.

Nach dem Sturz der Regierung Müller und der Berufung der Regierung Brüning wurde in der gesamten bürgerlichen Presse darauf hingewiesen, daß die Regierung Brüning außer der Sanierung der Reichsfinanzen auch ein großzügiges Arbeitsbeschaffungsprogramm aufstellen werde, um in kürzester Zeit zur Ankurbelung der Wirtschaft beizutragen. Besonders die christliche Gewerkschaftspresse (Der „Deutsche" usw.) ließ keine Gelegenheit vorübergehen, um der staunenden Mitwelt zu berichten, daß eine Reichsregierung unter Führung des Zentrums ganz andere Anstrengungen mache, die Wirtschaftskrise zu beheben, als die bisherige Reichsregierung unter sozialdemokratischer Führung. Rund 500 000 Menschen sollten durch dieses Programm in absehbarer Zeit in den Produktionsprozeß eingereiht werden.

Seit dieser Zeit ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm Bestandteil der öffentlichen Diskussionen geworden. Fast tagtäglich wurde durch die Presse aller Schattierungen etwas über dieses Arbeitsbeschaffungsprogramm geschrieben. Am 28. Juni 1930 teilte die Deutsche Reichspost durch den Mund des Postministers Schätzel der Oeffentlichkeit mit, daß auch die Deutsche Reichspost im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms

200 Millionen Mark für die Vergebung von Aufträgen

an die einzelnen Industriezweige zur Linderung der Wirtschaftsnot zur Verfügung stelle. Einige Tage später wurden in der Presse die Richtlinien für die zusätzlichen Aufträge veröffentlicht. Unter anderem wurde in diesen Richtlinien bestimmt, daß alle Firmen, die sogenannte zusätzliche Aufträge erhalten, zur Erledigung dieser Aufträge Neueinstellungen vorzunehmen haben. Am 6. August wurde in der Presse von der Reichspost unter der Ueberschrift „Die Aufträge der Reichspost" u. a. folgendes veröffentlicht:

„Was die bereits vergebenen Aufträge anbelangt, so wurde auf Anregung des Reichsarbeitsministeriums hin folgende Regelung getroffen: Den Arbeitsämtern und Gewerbeaufsichtsbehörden liegt es ob, darüber zu wachen, daß die bei Vergebung der Zusatzaufträge gestellten Bedingungen bezüglich der Vermeidung von Ueberstunden der Neueinstellung von Arbeitskräften usw. erfüllt werden."

Der uneingeweihte Zeitungsleser wird nun annehmen, daß alles in schönster Ordnung ist, daß Tausende von Arbeitern wieder eingestellt werden und daß es der bürgerlichen Reichsregierung möglich wird, die Wirtschaftskrise, wenn nicht zu beheben, so doch im mindesten zu lindern.

Wie nun die Auswirkungen des Arbeitsbeschaffungsprogramms in Wirklichkeit liegen, das haben die berufenen Vertreter der Arbeiterschaft der Schwachstromindustrie in einer gemeinsamen Aussprache festgestellt. Die allgemeine Situation in der Schwachstromindustrie ist teilweise katastrophal. Von Einstellungen ist überhaupt nichts zu merken, dagegen sind

Entlassungen in größerem Ausmaße

entweder erst vor ganz kurzer Zeit erfolgt oder aber stehen unmittelbar bevor, und dies obwohl zusätzliche Aufträge teilweise an die einzelnen Firmen gegeben worden sind. **In fast allen Betrieben wird kurzgearbeitet,** teilweise drei Tage pro Woche! In anderen Firmen wurden Entlassungen in der nächsten Zeit angedroht. Ein ganz trauriges Bild, das mit den Presseveröffentlichungen im schärfsten Widerspruch steht.

Die Betriebsvertretungen haben sich bei den Verhandlungen in den Betrieben auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm berufen. Durch diese Verhandlungen wurde festgestellt, daß die Reichspost den Betrieben, die „zusätzliche" Aufträge erhalten haben,

die normalen quartalsmäßigen Aufträge nicht gegeben

hat. Wie man unter diesen Verhältnissen von zusätzlichen Aufträgen reden kann, ist zur Zeit noch das Geheimnis der Reichspost.

Man sollte also unter allen Umständen vermeiden, der Oeffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen und bei der Arbeiterschaft der Postbetriebe falsche Hoffnungen zu erwecken, wenn man nicht in der Lage oder nicht gewillt ist, auch nur für einen Arbeitnehmer mehr Arbeit zu beschaffen.

Haltet die Augen offen und gebt jenen, die euch derartiges vorflunkern, am 14. September die richtige Antwort: Wählt Sozialdemokraten!

Jeder „Vorwärts"-Leser
wirbt zum 1. September 1930
einen neuen Abonnenten

Jugend oder Konfusion?

Staatspartei, Partei der Verwirrung.

Von Otto Friedländer.

Die neu gegründete Staatspartei hat in den ersten Wochen ihres Bestehens über ihr Wesen und ihre Ziele verhältnismäßig wenig klare Darlegungen an die Oeffentlichkeit gelangen lassen. So ist es wohl auch erklärlich, daß über das neue Gebilde die verschiedenartigsten Vermutungen und Beurteilungen in der Oeffentlichkeit laut wurden. Jetzt — zum Beginn des Wahlkampfes — weist sie in ihrem Wahlaufruf, ohne in Klarheit zu den einzelnen Tagesfragen Stellung zu nehmen, auf ihren angeblich jugendlichen Charakter hin, verbindet damit eine Polemik gegen das „Bonzentum greisenhaft gewordener Parteien" und sucht mit der etwas billigen Reklame, daß sie die Partei der Jugend sei, unter der Jungwählerschaft für sich zu werben.

Dabei lassen sich in den bisherigen Kandidatenlisten — wenn man nicht gerade das wohlgeratene Präsentierkind der weiland Demokraten, Herrn Lemmer, oder den Volksparteiler Dr. Winschuh ins Treffen führen will — beim besten Willen unter den altbekannten demokratischen Parteigrößen und nicht minder bekannten Komturen des Jungdo kaum irgendwelche Menschen finden, die auch nur rein äußerlich für sich das Attribut der Jugend in Anspruch nehmen könnten. Es dürfte aber auch eine etwas reichlich naive Spekulation sein, zu glauben, daß die Jungwählergeneration einzig und allein auf Grund der Geburtsdaten der Reichstagsabgeordneten ihre Wahl trifft. Auch sie wird, soweit sie irgend politisch geschult ist, in erster Linie danach fragen: „Was haben die Angehörigen dieser Partei für die Jugend getan oder was beabsichtigen sie für die Jugend zu tun?"

Die Haltung des im Reichskabinett befindlichen Vertreters der Staatspartei, des Herrn Ministers Dietrich, zur Frage der Arbeitslosenversicherung der Fünfzehn- bis Siebzehnjährigen, und die von der Staatspartei propagierten unklaren Pläne zur Wahlreform, in die man am liebsten die Wahlrechtsentziehung für die Zwanzig- bis Fünfundzwanzigjährigen einbeziehen möchte, sprechen hier eine so beredte Sprache, daß sie jedes Gefüge von klingenden Worten zu übertönen vermag.

Nicht minder wichtig aber scheint es, in diesem Zusammenhange die Jungwähler über das aufzuklären, was die Staatspartei ihnen verschweigt, nämlich über die eigenartigen Begleitumstände ihrer Geburt und nicht zuletzt über die verschiedenartigen Tendenzen derer, die sie schufen. Die Staatspartei ist ins Leben gerufen worden in einem Augenblick, in dem für alle wahrhaft demokratischen Kreise des Bürgertums nichts hätte wesentlicher sein müssen als die eindeutige Verteidigung der Demokratie. Die Aufhebung der ersten „Not"verordnung war im Reichstag nicht durch eine demokratisch gesinnte Mehrheit erfolgt, sondern durch eine Mehrheit, in der die einzigen wirklichen Hüter der Reichsverfassung, die Sozialdemokraten, an ihrer Seite Gleichstimmende sahen, die aus sehr wenig demokratischen Beweggründen heraus der Notverordnung widersprachen. Die Notverordnung ist ein zweites Mal verkündet worden, und beide Male hat der staatsparteiliche Minister Dr. Dietrich zu dieser Handlung seine Zustimmung gegeben, obwohl sie von Kennern des Staatsrechts als glatt verfassungswidrig bezeichnet wurde. Aufrechte Demokraten haben unverhohlen ihre Bedenken geäußert, und wer das demokratische Parteiprogramm, das gewißlich nicht an übertriebener Schärfe der Ausdrucksweise leidet, einmal zur Hand nimmt, wird immerhin darin die Verpflichtung finden: „Die Deutsch-Demokratische Partei steht auf dem Boden der Weimarer Verfassung, zu ihrem Schutz und zu ihrer Durchführung ist sie berufen. Ganz anders freilich klingt es im jungdeutschen Manifest des Herrn Mahraun, des neuen Sozius der Demokraten. Im Vorwort zu dem bis zum heutigen Tage nicht abgeschworenen Manifest heißt es unzweideutig, daß die damalige Verzögerung der Veröffentlichung des Manifestes darauf zurückzuführen gewesen wäre, daß „die Erkenntnis von der Haltlosigkeit der gegenwärtigen Staatsordnung noch nicht weit genug vorgedrungen war".

Ein prominentes Mitglied der Staatspartei, Herr Prof. Alfred Weber, Heidelberg, ist offenbar von diesen Gedankengängen bereits soweit erfaßt worden, daß er in der „Frankfurter Zeitung" äußert: „Nicht einmal Diktatur ist ein wirklicher Gegensatz zur Demokratie", und einige Sätze weiter: „Begrabe man auch die so gar nicht mehr gültige fortgesetzte Betonung „demokratisch" als einer besonders abhebenden eigenen Firmierung". Den Jungdeutschen mag der Einfluß, den sie auf diese Weise mit ihren schätzungsweise 60 000 Ordensbrüdern auf die bisherigen Angehörigen der Demokratischen Partei zu nehmen vermögen, nicht unlieb sein. Tatsächlich läßt der Aufruf zum „Zusammenschluß auf breitester Grundlage", den die Deutsche Staatspartei kurz nach ihrer Gründung hat ergehen lassen, von dem Gedankengut der Demokraten recht wenig, von der verschwommenen Ausdrucksweise des Jungdeutschen Ordens recht viel erkennen. Was soll man beispielsweise

unter dem „volksstaatlichen" Ausbau der Republik, bei dem „die berufsständischen Organisationen aller Stände zu verantwortlicher Mitarbeit an Wirtschaft und Staat heranzuziehen" seien, anderes verstehen als einen Hinweis auf die jungdeutschen Gedankengänge, die in ausgesprochenster Weise in die Forderung nach einem „volksstaatlichen Ausbau" ausmünden, wobei für sie dieser „Volksstaat" in keiner Weise zu verwechseln ist mit der von ihnen im Manifest bekämpften „parteiistischen Demokratie". Der Jungdo will auf dem „Nachbarschaftsprinzip", diesem ausgesprochen ländlich-idyllischen Prinzip einer Wählerzusammenfassung, eine Pyramide von Führern errichten, die nur in der untersten Stufe der direkten Wahl entstammen und sonst jeweils der Zustimmung der Oberen zu ihrer Wahl bedürfen, also gewissermaßen die Aufrichtung einer wahren „Bonzokratie", wie sie auch Professor Heller als für das faschistische System geltend gekennzeichnet hat. In einem romantischen Sinnbild politischer Gotik sieht Mahraun den Staatsaufbau realisierbar.

An die Stelle des Parlaments setzt er sogenannte „Kapitel der Führer" und außerdem voneinander säuberlich getrennt die Wirtschaftskammer, die Kulturkammer und die Auslandskammer, die Jugendkammer und die Frauenkammer. Bei der Begründung der Jugendkammer wird ausdrücklich erklärt, daß die Heraufsetzung des Mindestalters für die Ausübung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten gegenüber der Gegenwart vorgesehen sei, und bei der Begründung der Frauenkammer heißt es unzweideutig: „Wie der Hausvater der Herr in der Familie ist, so muß auch der männliche Staatsbürger die Führung im Staate in der Hand haben." Wie verträgt sich diese Stellungnahme mit dem demokratischen Parteiprogramm, das ausdrücklich besagt: „Die noch bestehenden Zurücksetzungen der Frauen sind zu beseitigen"?

Der Wahlaufruf der deutschen Staatspartei gibt darauf keine Auskunft, wohl aber deutet er bereits die unbefriedigende Antwort an, die dem Vorsitzenden des Reichsbanners auf seine Frage wurde, wie die neue Partei über die Republikanisierung der Verwaltung denke. Die Republikanisierung der Verwaltung war bisher eine offene und klare Forderung der Demokraten. Sie tritt heute zurück hinter den in solchem Zusammenhang nicht unverdächtigen Satz: „Ueber Anstellung und Beförderung soll Leistung, nicht aber parteipolitische Zugehörigkeit entscheiden". Und wie ist es mit der Besetzung der ausgesprochen politischen Beamtenstellen?

Ueber die Sozialpolitik findet sich in dem Wahlaufruf der Staatspartei eine unverbindliche Erklärung, wie sie in unserem Industriestaat wohl fast jede Partei ihren künftigen Wählern gegenüber abgeben wird. Aber die besondere Betonung der „Durchführung notwendiger Reformen" läßt zum mindesten aufhorchen. Das demokratische Parteiprogramm hatte demgegenüber ausdrücklich erklärt: „Jedem Volksgenossen, der sich nicht gemeinnütziger Arbeit weigert, ist ein notwendiges Mindestmaß der materiellen Güter für die Ernährung, Bekleidung und Behausung sowie Fürsorge in Fällen der Bedürftigkeit von Rechts wegen zu gewähren. Zur Durchführung dieser umfassenden Sozialpolitik dient in erster Linie die Steuerpolitik."

Die Unklarheit des Bildes, das sich aus den bisher angeführten Tatsachen ergibt, wird noch gesteigert durch die Forderung: „hinweg über den verhetzenden Kampf zwischen Schwarzweißrot und Schwarzrotgold die deutschen Menschen als Staatsvolk zu einigen". Gewiß, es gibt „Menschen", die solchen Parolen, die irgendwie an Formeln der bürgerlichen Jugendbewegung anzuklingen scheinen, zu folgen bereit sind, und wenn die Staatspartei damit Leute wie beispielsweise Herrn Normann Körber, der die hohe Funktion eines Reichsleiters des weithin unbekannten „Sozial-Republikanischen Kreises" bekleidet und auf seinen weitgehenden politischen Wanderungen auch bei der Sozialdemokratie „nicht froh geworden" zu sein bekennt, für ihre Ziele gewonnen hat, so ist das ebensowenig zu verwundern, wie die Tatsache, daß ein Mann von der klar umrissenen politischen Prägung eines Erkelenz darauf die gebührende Antwort gegeben hat. Zu hoffen und zu wünschen wäre es freilich, daß auch diejenigen jungen Demokraten, die wirklich eine aufrechte soziale Gesinnung in sich tragen, der Staatspartei eine nicht minder jugendlich frische Absage erteilen, wie sie Erkelenz in den Spalten dieses Blattes gegeben hat.

Koch gerettet?

Mit Erlaubnis des „Hochmeisters" auf der Reichsliste.

Der Parteivorstand der bisherigen Demokratischen Partei versammelte sich am Mittwoch im Reichstage, um nochmals über die Kandidaturen der Staatspartei für die Reichstagswahlen, besonders über die Reichsliste, zu beraten. Dabei wurde auch über die Kandidatur des demokratischen Parteiführers Koch-Weser entschieden. Unsere Mitteilung, daß der Gründer der Staatspartei ohne jede Bedenken von seiner neuen Partei abgehalftert worden sei, hat in den demokratischen Teilen dieser Neugründung doch lebhafte Unruhe hervorgerufen. Die demokratischen Mannen haben sich deshalb in letzter Stunde lebhaft dafür eingesetzt, daß Koch-Weser an erster Stelle auf der Reichsliste erscheine. Die Entscheidung darüber wird jedoch erst durch die „Staatspartei" erfolgen. Wenn Mahraun und Bornemann auch nur noch einen Funken Mitleid aufbringen können, so werden sie gestatten, daß ihr Mitgründer doch noch ein Mandat erhält.

Es ist ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß auf diese Weise gerade der Führer der Partei ein Mandat retten muß, die die Abschaffung der Reichsliste auf ihr Programm geschrieben hat, ja die sogar, bevor Herr Koch sie eigenhändig in ein besseres Jenseits beförderte, für ihren besonderen Parteibetrieb die Reichsliste schon abgeschafft hatte! Jetzt treibt still auf gerettetem Kahn Herr Koch in den Reichshafen der Staatspartei!

Wahlrechtsentwurf geht an den Reichsrat.

Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Mittwochsitzung den von dem Reichsinnenminister Dr. Wirth vorgelegten Entwurf eines Reichswahlgesetzes, der nunmehr dem Reichsrat zugeleitet werden wird.

Der Inhalt des vom Reichskabinett beschlossenen Entwurfes entspricht den in den letzten Tagen über die Vorlage gemachten Angaben.

Der Sturz der Bayern-Regierung

Niederlage der Bürgerblockpolitik

München, 20. August.

Der Landtagspräsident hat der sozialdemokratischen Fraktion des Landtags als der stärksten Fraktion der Opposition den Auftrag erteilt, die Bildung einer neuen Regierung in die Wege zu leiten und ihm innerhalb zehn Tagen Bescheid über das Ergebnis zukommen zu lassen.

München, 20. August. (Eigenbericht.)

Die Bürgerblockregierung in Bayern ist gestürzt. Der Bayerische Landtag lehnte am Mittwoch, wie bereits im größten Teile der Abendausgabe gemeldet, mit 65 gegen 58 Stimmen die Schlachtsteuer ab. Daraufhin teilte Ministerpräsident Dr. Held dem Präsidenten des Landtags den Rücktritt des Gesamtkabinetts mit. Der Gesamtdemission ging der Rücktritt des Finanzministers Dr. Schmelzle voraus.

Die Sitzung des Landtags nahm einen äußerst spannenden Verlauf. Die Tribünen waren bereits eine Stunde vor Beginn überfüllt. Ein letztes Mal unternahm der Finanzminister den aussichtslosen Versuch, eine Mehrheit für seine Schlachtsteuer zu bekommen. Er wies auf die große historische Bedeutung der Stunde hin. In starker Uebertreibung beschwor er den Landtag, zu bedenken, daß es nicht um die Frage der Schlachtsteuer allein gehe, sondern darum, ob Bayern in Zukunft ein selbständiger Staat bleibe oder ob es zu einem geographischen Begriff herabsinken solle.

Mit der Schlachtsteuer falle der bayerische Staat

und damit das letzte Bollwerk des Föderalismus in Deutschland. Nach dem Finanzminister kündigte Ministerpräsident Dr. Held an, daß er bei einer Ablehnung der Schlachtsteuer mit dem Gesamtministerium die Konsequenzen ziehen werde.

Die Opposition, deren Führung die sozialdemokratische Fraktion in dem Kampf gegen die Schlachtsteuer konsequent und zielklar inne hatte, ließ sich durch die letzten Einschüchterungsversuche der Regierung nicht irre machen. Der sozialdemokratische Redner Ackermann rechnete scharf und wirkungsvoll mit der Bürgerblockpolitik ab. Mit Nachdruck wies er die Versuche Helds zurück, die Verantwortung für die völlig verfahrene Finanzlage des bayerischen Staates der Opposition und besonders der Sozialdemokratie zuzuschieben. Nicht die abgelehnte Schlachtsteuer habe das Defizit gebracht, sondern die zehnjährige Bürgerblockpolitik habe zu dem

Riesendefizit im Haushalt

geführt, das inzwischen auf 130 Millionen angeschwollen sei. Wer auch die kommende Regierung in Bayern antrete, übernehme ein Erbe, das man sich trauriger kaum vorstellen könne.

Es folgte eine sehr erregte Aussprache. Dann kam es zur Abstimmung. Mit 65 Stimmen der Sozialdemokraten, des Bauernbundes, der Deutschen Volkspartei, der Kommunisten und der Nationalsozialisten gegen 58 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen wurde der sozialdemokratische Initiativantrag angenommen. Die Schlachtsteuer war endgültig gefallen.

Die sozialdemokratische Fraktion wartete sofort mit neuen Deckungsanträgen auf, bei deren Annahme der durch die Ablehnung der Schlachtsteuer verursachte Ausfall hätte wettgemacht werden können. Sie forderte zunächst die sofortige Inangriffnahme einer durchgreifenden Reform der bayerischen Staatsverwaltung. Das wurde abgelehnt, weil die Bayerische Volkspartei und ihr Ministerpräsident eine Ausschaltung der Volksvertretung wollten, also eine Blankovollmacht für die Regierung, die wiederum die Sozialdemokratie unmöglich ausstellen konnte. Der zweite Antrag der Sozialdemokratie verlangte, daß an den 28 Millionen betragenden freiwilligen Leistungen des bayerischen Staates an die Kirchengesellschaften zunächst einmal 8 Millionen abgestrichen werden. Diesen Antrag lehnten alle bürgerlichen Parteien geschlossen ab, obwohl in den letzten Wochen in der bürgerlichen Presse und in den Versammlungen der bürgerlichen Parteien sich die Stimmen mehrten, denen die Last der

28 Millionen freiwillige Leistungen

unerträglich zu werden beginnt. Weitere Deckungsvorschläge von anderen Parteien wurden ebenfalls abgelehnt. Annahme fand lediglich ein nichtssagender Antrag der Bayerischen Volkspartei, durch den im bayerischen Haushalt bis zum Jahre 1935 nach und nach rund 10 Millionen Mark eingespart werden sollen.

Die Bayerische Volkspartei gab nach ihrer Niederlage eine demagogische Erklärung ab, aus der zu ersehen war, wie sie sich die weitere Entwicklung der Dinge denkt. Sie erklärte, daß es ihr unmöglich geworden sei, die politische Verantwortung für das zu tragen, was aus dem Versagen der Mehrheit des Landtages an schweren Folgen für den bayerischen Staat und die bayerische Wirtschaft entstehen werde. Die Mehrheitsparteien würden es wohl selbst als Pflicht empfinden, dem bayerischen Volke zu beweisen, daß sie nicht nur hemmen und zerstören können, sondern auch in der Lage seien, die Verantwortung für das Geschick des bayerischen Staates durch die Bildung einer neuen Regierung selbst zu übernehmen.

Unter den gegebenen Umständen wäre es das Vernünftigste, den Landtag aufzulösen und das Volk zu befragen. Das ist aber im Augenblick nicht möglich, da Bayern kein gültiges Wahlgesetz hat. Das vorhandene Wahlgesetz wurde durch eine Entscheidung des bayerischen Staatsgerichtshofes in wesentlichen Teilen als verfassungswidrig erklärt. Einer raschen Reform des Wahlgesetzes waren die bürgerlichen Parteien trotz der wiederholten Mahnungen der Sozialdemokratie immer wieder ausgewichen. Jetzt ist es zur unumgänglichen Pflicht des Landtages geworden, schnellstens ein mit der Verfassung im Einklang stehendes neues Wahlgesetz zu schaffen und dann auseinanderzugehen. Vor dem 14. September dürfte allerdings auch in diesem Punkte keine Entscheidung mehr fallen.

Das Kabinett führt zunächst die Regierung als Geschäftsministerium weiter.

Wels in München.

Glänzender Wahlaufmarsch der bayerischen Sozialdemokratie.

In dem wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrten Zirkusgebäude am Münchener Marsfeld sprach am Dienstagabend Genosse Otto Wels. Er würdigte das geschichtliche Verdienst der Regierung Hermann Müller, die die Befreiung des Rheinlandes durchgesetzt und die jährliche Reparationslast um mehrere hundert Millionen Mark vermindert hat. Die Bestrebungen aber, die Sozialdemokratie aus der Regierung zu entfernen, um die Hand an die Sozialversicherung zu legen, waren schon lange vorbereitet. Nach dem Rücktritt Hermann Müller berief der Reichspräsident nicht den Reichstagspräsidenten Löbe, sondern Herrn Brüning und gab diesem den Auftrag, eine Regierung gegen die Sozialdemokratie zu bilden. Diesen Auftrag konnte Brüning nur annehmen, wenn er von vornherein damit rechnete, sich mit dem Artikel 48 behaupten zu müssen. Mit den Heerhaufen Hugenbergs, Seldtes und Hitlers war die Parlamentsschlacht nicht zu gewinnen. Mit so unsicheren Korps hätte Hindenburg auch kein Tannenberg schlagen können. Es war aber alles darauf angelegt, durch Verletzung der Verfassung mit dem Artikel 48 über Schwierigkeiten hinwegzukommen, die nicht eingetreten wären, wenn man die Steuerreform mit der Sozialdemokratie hätte durchsetzen wollen. Unsere Aufgabe ist es nun, die Front der bürgerlichen Parteien so zu zerschlagen, daß das Wort wahr wird:

es kann nicht mehr, es darf auch nicht mehr ohne Sozialdemokratie regiert werden!"

Wels erinnerte dann an die Münchener Ereignisse von 1923 und an die Enthüllungen des Sowjet-Diplomaten Beseddowski. Moskau wollte damals den revolutionären Krieg mit Frankreich mit dem Zweck der Schaffung eines Sowjetdeutschland. Polen sollte den Sowjetrussen gestatten, Hilfskorps nach Deutschland zu schicken, dafür sollte es 30 Millionen Goldrubel und völlige Bewegungsfreiheit in Ostpreußen erhalten. Diese abenteuerlichen Pläne sind gescheitert an dem Willen der Sozialdemokratie und dadurch ist vermieden worden, daß Deutschland und Europa wirtschaftlich und kulturpolitisch völlig in Trümmern gingen. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß sich in dem jetzigen Kampfe die Gewerkschaften geschlossen an die Seite der Sozialdemokratie gestellt haben, sie wissen, daß dieser Kampf auch ihr Kampf ist.

Die Ausführungen des Parteivorsitzenden wurden von der ungeheuren Versammlung mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Blutige Köpfe an der Passage.

21 Personen zwangsgestellt.

In den Passage-Bierhallen in der Behrenstraße 50/52, wo vornehmlich Hakenkreuzler verkehren, gerieten gestern abend Nationalsozialisten und Kommunisten in eine schwere Schlägerei, bei der es eine Anzahl Verletzte gab. Die zu Hilfe gerufene Polizei machte dem Kampf in dem Bierlokal schließlich ein Ende. 21 Personen wurden zwangsgestellt und der Politischen Polizei übergeben. Bei den Gegnern der Nazis soll es sich um Angestellte der „Mitropa" handeln, die sich dort eingefunden hatten und im Verlaufe einer nationalsozialistischen Agitationsrede aneinandergerieten und sich blutige Köpfe schlugen.

Prämie für Raufbolde.

Ein Urteil gegen Nazis.

Liegnitz, 20. August. (Eigenbericht.)

Das Schöffengericht Glogau verurteilte sieben Nationalsozialisten, die vor einiger Zeit einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Stadtverordneten überfallen und schwer mißhandelt hatten, zu der unglaublich niedrigen Geldstrafe von 30 bis 100 Mark. Der Staatsanwalt hatte gegen die Rowdys wegen der Roheit und Hinterhältigkeit ihres Vorgehens Gefängnis beantragt. Er legte gegen das Urteil Berufung ein.

Spitzel in der Polizeiverwaltung.

„Der Korrespondent des Landvolk".

Neumünster, 20. August. (Eigenbericht.)

Als die „Landvolk-Zeitung" nach ihrem zügellosen Kampf gegen die Leiter der Polizei in Neumünster ihre Angriffe hauptsächlich gegen den sozialdemokratischen Bürgermeister Lindemann und den Oberinspektor Bracker richtete, wunderte man sich oft über die Wiedergabe interner Vorgänge in der Polizeiverwaltung. Wie jetzt verlautet, soll der städtische Polizeibeamte Aaroe, der Vorsitzender des Polizeibeamtenvereins Neumünster ist, der Korrespondent der „Landvolk-Zeitung" gewesen sein. Aaroe soll auch jetzt noch „Material" gegen den Polizeioberinspektor sammeln, um zu gegebener Zeit über ihn herfallen zu können.

Nationalsozialistisches Waffenlager beschlagnahmt.

Darmstadt, 20. August. (Eigenbericht.)

In Hessen sind die Nationalsozialisten neuerdings wieder äußerst rührig. Die Polizei ist jedoch auf der Hut. Am Dienstag abend hat sie in dem Städtchen Langen bei einem 60jährigen Nationalsozialisten ein Waffenlager beschlagnahmt, das aus 9 Infanteriegewehren, 300 Schuß Munition, einer großen Anzahl Seitengewehre und Revolvern bestand.

Politische Verschwörer in Litauen.

Die Attentate der Woldemarasanhänger.

Kowno, 20. August.

Zu dem Mordanschlag auf den Direktor der litauischen Geheimpolizei wird noch bekannt, daß Oberst Rusteika fünf Stichwunden in die Brust erhalten hat, von denen einer die Lunge durchbohrte.

Die sofort nach dem Anschlag vorgenommene Operation ist zwar gut verlaufen, doch ist der Verletzte infolge des starken Blutverlustes noch immer in Lebensgefahr. In der Nacht wurden bei zahlreichen Woldemaras-Anhängern von der Polizei Haussuchungen vorgenommen, darunter auch bei der in Zusammenhang mit dem Rücktritt Woldemaras' viel genannten Schauspielerin des litauischen Staatstheaters, Kurnythe. Die beiden Woldemaras-Anhänger, der Journalist Debele und der Krottinger Rechtsanwalt Petronaitis, sind in der vergangenen Nacht als der Mitwisserschaft verdächtig wieder in Haft genommen worden. Nach einem bisher unbestätigten Gerücht sollen die Täter eingestanden haben, daß insgesamt gegen 12 namhafte Persönlichkeiten, darunter gegen den Justizminister, den Generalsekretär des Innenministeriums, den Generalstabschef, den Vorsitzenden der Tautininkai-Partei Anschläge geplant gewesen seien.

Das neueste von Treviranus.

Er erklärt andere für unfähig.

In einer Rede in Görlitz machte Wirth neulich die offenbar mehr scherzhaft gemeinte Bemerkung, es könnte passieren, daß in der nächsten Regierung Breitscheid und Treviranus nebeneinander säßen. Dazu erläßt jetzt Treviranus durch die Pressestelle der Konservativen Volkspartei folgende feierliche Erklärung:

Die Partei und ihr Führer Treviranus halten nach wie vor an der Auffassung fest, daß die Lösung der großen Aufgaben, vor die Reichsregierung, Reichstag und das ganze deutsche Volk jetzt und in der nächsten Zeit gestellt sind, keinesfalls mit den Sozialdemokraten möglich ist. Diese Auffassung wurde von der Partei und ihrem Führer schon bisher vertreten, an ihr hat sich nichts geändert. Die Sozialdemokraten haben in den zwei Jahren, in denen sie an der Reichsregierung beteiligt waren, ihre Unfähigkeit so nachdrücklich bewiesen, daß neue Versuche mit ihnen nicht mehr unternommen werden können. Sollten solche Versuche von anderer Seite gewünscht oder für aussichtsreich gehalten werden, so steht jedenfalls heute schon fest, daß die Konservative Volkspartei sich nicht an ihnen beteiligen, sondern sie auf das schärfste bekämpfen wird.

Wenn die Konservative Volkspartei und ihr Führer Treviranus in Beziehung auf andere das Wort „unfähig" in den Mund zu nehmen wagen, so erweisen sie damit einen geradezu erschütternden Mangel an Selbsterkenntnis. Mit Erstaunen hat die Welt die ersten politischen Gehversuche des „Führers Treviranus" verfolgt, und die Meinung ist wohl über alle Parteigrenzen hinaus allgemein, daß dieser junge Herr von den Führern alter großer Parteien immerhin noch einiges zu lernen hätte. Denn bisher hat er noch nichts produziert als Ungeschicklichkeiten und Taktlosigkeiten.

Der „Vorwärts" wagt nicht ...

Die „Rote Fahne" klettert aus dem Mustopf.

Wir sind schon wieder einmal „entlarvt". Bereits am Mittwoch, dem 20. August, gelangt die „Rote Fahne" dazu, die Naziuntat gegen den Reichsbannerkameraden Lohmann in Wolfenbüttel vom Sonntag, dem 17. August, zu melden. Um ihre Verspätung zu verbergen, hat die „Rote Fahne" das Datum der Tat auf den 19. umgefälscht, was wir nur beiläufig registrieren, da wir von diesem edlen Papier noch ganz andere Fälscherstücke gewöhnt sind. Wenn die „Rote Fahne" etwas verschlafen hat, so ist das ein doppelter Grund, den „Vorwärts" zu beschimpfen, weil er die „Schamlosigkeit" besäße, in „der üblichen verlogenen Weise" seinen Lesern zu verschweigen, daß es sich um einen Reichsbannermann gehandelt habe. Wörtlich weiter:

> Der „Vorwärts" müßte eben kein Polizeiorgan sein, wenn er auch diesmal die **Nationalsozialisten nicht in Schutz nehmen** und die Gegenwehr der Proletarier nicht **verächtlich machen wollte.**

Volle 24 Stunden vor diesem Erguß stand im „Vorwärts", Nr. 385 vom 19. August, unter der Ueberschrift „Zement und Pfeffer" bei der Tagesaufzählung der Naziuntaten folgendes zu lesen:

> In Wolfenbüttel (Freistaat Braunschweig) **haben fünf Nationalsozialisten den Reichsbannermann Lohmann zu nächtlicher Stunde überfallen und mit Zaunlatten so lange auf ihn eingeschlagen, bis Lohmann bewußtlos zusammenbrach. Die Tat ist um so gemeiner, als Lohmann Invalide ist.** Bei der Verfolgung durch Passanten zogen die Täter Pistolen und verletzten zwei Personen durch Schüsse. Die fünf Nationalsozialisten wurden verhaftet, die benutzten Schußwaffen wurden noch bei ihnen vorgefunden.

So sieht es aus, wenn wir nach Behauptung der „Roten Fahne" die Nationalsozialisten „in Schutz nehmen", die Gegenwehr der Proletarier „verächtlich machen".

Prost Mustopf!

Arm in Arm mit Dir ...

Braunschweiger Zentrum schließt Bündnis mit Hugenberg

Im Freistaat Braunschweig hat sich das Zentrum zu den bevorstehenden Landtagswahlen mit Hugenberg und was es in diesem Lande sonst noch an reaktionären Cliquen gibt, verbündet. Der Kampf dieses Mischmachs gilt natürlich der Sozialdemokratie, die unter allen Umständen und mit allen Mitteln von der Verwaltung des Freistaats ausgeschaltet werden soll.

Briand und Maginot nach Genf.

Tardieu bleibt in Paris — Steigende Militärlast.

Paris, 20. August. (Eigenbericht.)

In dem am Donnerstag im Elysée stattfindenden Ministerrat, zu dem der Präsident der französischen Republik Doumergue eigens von seinem Sommerschloß nach Paris kommt, wird die Zusammensetzung der französischen Delegation zur Genfer Tagung festgesetzt und die Beratungen über den Haushaltsplan für 1931 fortgesetzt werden. Am Dienstag haben es die zuständigen Stellen bereits für angebracht gehalten, die Meldung eines radikalen Blattes, wonach Tardieu die Führung der Genfer Delegation übernehmen wollte, formell zu dementieren, um die Bestürzung, die in den Linkskreisen auf diese Nachricht hin Platz gegriffen hatte, zu beschwichtigen. Es steht heute fest, daß Außenminister Briand und nicht Tardieu als Delegationsführer nach Genf fahren wird, allerdings sollen ihm, der augenblicklichen Tendenz der französischen Politik Rechnung tragend,

als „Gegengewicht"

der Kriegsminister Maginot, der erst vor einigen Tagen wieder einen Alarmruf über die ungenügende militärische Sicherung Frankreichs durchs Land schickte, sowie der Präsident der Armeekommission Fabry und der Minister für öffentliche Arbeiten Pernot beigegeben werden. Diese Zusammensetzung der französischen Delegation scheint darauf hinzudeuten, daß Frankreich damit rechnet, daß es in Genf anläßlich der Diskussion des Briandschen Projekts auch zu einer Aussprache über die Sicherheit und die Rüstungsfragen kommen wird.

Der zweite Punkt der Tagesordnung des Ministerrats, die Beratung über den Haushaltsplan für 1931, ist außerordentlich heikel. Tardieu hat bei der letzten Ministerzusammenkunft umfassende Sparmaßnahmen verlangt und zu diesem Zwecke auch einen Sparausschuß eingesetzt, zu dessen Berichterstatter ein Ministerialrat aus dem Finanzministerium ernannt wurde. Dieser hat für den Ministerrat am Donnerstag einen ausführlichen Bericht ausgearbeitet, ohne daß man sich über die Ergebnisse dieser Aktion besondere Illusionen macht. Das französische Budget ist so zusammengesetzt, daß allein 50 Proz. der Totalsumme für die Abdeckung der öffentlichen Schuld, die Kriegsrenten und Pensionen benutzt werden, wovon keine Abstriche gemacht werden können. Von den Verwaltungskosten ist erfahrungsgemäß auch nicht viel einzusparen, so daß für Abstriche eigentlich nur die für Landesverteidigung eingesetzten Summen in Betracht kommen würden. Das französische Heeres- und Marinebudget ist seit einer Reihe von Jahren in rapidem Anstieg begriffen.

Im Jahre 1927 betrug es rund 7 Milliarden Franken, im laufenden Budgetjahr sind annähernd 12 Milliarden für militärische Zwecke vorgesehen.

Das kommende Jahr wird dieser Tendenz, das steht jetzt schon fest, weiter den Weg ebnen. Nach bedenklicher mutet das unaufhaltsame Wachsen des französischen Rüstungsbudgets an, wenn man bedenkt, daß in den im kommenden Haushaltsplan für Heereszwecke eingesetzten Ziffern die Kosten für die Grenzbefestigungen und die Auffüllung der erschöpften Materialdepots nicht miteinbegriffen sind. Man darf also gespannt sein, an welcher Stelle des Etats Herr Tardieu den Bleistift ansetzen wird.

Churchill macht scharf.

Er hetzt gegen die indische Friedenspolitik der Labour-Regierung.

London, 20. August. (Eigenbericht.)

In einer Rede, deren Absichten unverkennbar sind, griff Winston Churchill am Mittwoch auf einem konservativen Kongreß die Indienpolitik der Arbeiterregierung an.

In der provokatorischsten Weise erklärte Churchill den Unterstaatssekretär für Indien, Wedgwood Benn, als einen seiner Aufgabe in keiner Weise gewachsenen Mann, Schwäche und Unzulänglichkeiten seien die Merkmale der gegenwärtigen Indienpolitik. Das habe sich jetzt wieder beim Afridiaufstand gezeigt, dem die Regierung nicht energisch genug entgegengetreten sei, das zeige sich vor allem darin, daß man mit einem Gandhi Verhandlungen führe, der wegen Staatsverbrechen im Gefängnis sitze. Die kommende englisch-indische Konferenz werde nichts sein als ein großer Zirkus, dem keinerlei Recht zustehe, die indische Verfassung zu ändern, und im gegenwärtigen Unterhaus sei überdies keine Mehrheit vorhanden, die einen Dominienstatus für Indien annähme.

Diese Rede im gegenwärtigen Stadium kann nur den einen Zweck haben, die zwischen dem indischen Vizekönig und Gandhi angebahnten Friedensverhandlungen zu zerstören. Die Rede des konservativen Führers beweist ferner, daß diese Verständigungsversuche nicht aussichtslos sind und dies scheint auch ein Sonderbericht des „Daily Herald" aus Bombay zu bestätigen, in dem es heißt: „Gandhi habe in seinem Brief an den indischen Vizekönig seine früheren Forderungen in gewissen Punkten eingeschränkt."

Gleich den englischen Konservativen bemühen sich aber auch die indischen Nationalisten, die Verständigung zu hintertreiben. So hat jetzt der allindische Nationalkongreß derart unannehmbare Forderungen gestellt, daß keine Aussicht besteht, die durch den Boykott stillliegenden und in englischem Besitz sich befindenden Webereien wieder zu eröffnen. Der Kongreß verlangt u. a., daß 75 Proz. des Kapitals dieser Fabriken in indische Hände übergehen müssen, daß zwei Drittel der Direktoren und Angestellten Indier sein müssen, die Rohstoffe allein aus Indien bezogen, alle Geldgeschäfte nur mit indischen Banken betrieben werden müssen, und ähnliches mehr. Damit ist keinerlei Aussicht vorhanden, die immer weiter um sich greifende Arbeitslosigkeit und das immer mehr darniederliegende Geschäftsleben der großen Städte wieder zu beleben.

Pilsudskis Personalpolitik im Heer. Wie die polnische Rechtspresse, die bekanntlich zu Pilsudski in Opposition steht, mitteilt, sind unter dem Regime Pilsudski seit dem Mai 1926 insgesamt 4000 Offiziere des polnischen Heeres aus dem aktiven Dienst entlassen worden.

Unglück an der Weser.

S. O. S.!

Schnellgerichte mit Schöffen.

Notwendig im Kampfe mit politischem Rowdytum.

Der Kampf gegen die Ueberhandnahme des politischen Rowdytums erheischt neue Mittel. Man will es mit der Abschreckung versuchen. Die Strafe soll der Rechtsverletzung unmittelbar auf dem Fuße folgen. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist beabsichtigt, Schnellschöffengerichte ins Leben zu rufen.

Das Schnellgericht hat sich im großen und ganzen bewährt. Zu Anfang nur ein Schnellgericht im Sinne des schnellen Aburteilens, hat es sich allmählich in der Richtung zu einem ordentlichen Gerichtsverfahren entwickelt, das nur insofern ein Schnellgericht ist, als die Aburteilung unmittelbar auf die Rechtsverletzung folgt. Die Angeklagten begrüßen es, daß die Pein des Wartens, die Unbestimmtheit ihrer Lage gekürzt wird. Noch wichtiger ist die schnelle Aburteilung für die Unschuldigen oder diejenigen, deren Schuld nicht erwiesen werden kann.

Die schnellere Freilassung beschleunigt in allen Fällen das Eingreifen sozialer Behandlung durch die soziale Gerichtshilfe. Denn Schritt für Schritt hat das Schnellgericht sich entwickelt zu einer Stätte, wo nicht nur abgeurteilt, sondern nach Möglichkeit auch geholfen wird. Der Fürsorger des Pflegeamts, vom 1. August der sozialen Gerichtshilfe angegliedert, wohnt sämtlichen Gerichtsverhandlungen bei, um sofort mit der sozialen Hilfe eingreifen zu können.

Seine Höchstentwicklung hat aber das Schnellgericht auch heute noch nicht erreicht. Zu seinen Mängeln gehört nach wie vor die juristische Hilflosigkeit des Angeklagten, der seine Rechte nicht kennt und häufig nicht weiß, wie er es anfangen soll, Bewährungsfrist oder Haftentlassung zu erlangen, und nicht selten auf die Berufung verzichtet, in der Hoffnung, sich auf diese Weise das eine oder das andere zu ergattern. Ein

großer Nachteil des Schnellgerichts

besteht darin, daß die Justizbehörde mit Recht vermied, Verbrechen, für die schwere Strafe droht, oder Fälle, die irgendwie kompliziert lagen, dem Einzelrichter zur Aburteilung zu überlassen. Hier sollten Schöffen mitreden, unter Umständen auch ein zweiter Richter zugezogen werden. Die Sache kam nach Moabit, es vergingen Wochen, ehe die Verhandlung anberaumt werden konnte; das bringt der schwerfällige Moabiter Apparat mit sich. So entstand die Absicht, ein Schnellschöffengericht zu schaffen, das ähnlich dem Schnelleinzelrichter unmittelbar nach der Festnahme der Angeschuldigten in all den Fällen zu urteilen hätte, die für den Einzelrichter aus dem einen oder anderen Grunde nicht in Frage kommen. Gegen diese Neuerung kann grundsätzlich nichts eingewendet werden — allerdings nur unter den gleichen Voraussetzungen, die auch für den Einzelschnellrichter bereits seit langem als absolut notwendig erkannt worden sind: d. h. unter der Bedingung der Teilnahme der sozialen Gerichtshilfe an sämtlichen Verhandlungen, der Ermöglichung von Ermittlungen vor der Verhandlung oder in der Zwischenzeit bei Aussetzung der Verhandlung; der Stellung eines Offizialverteidigers bei auch nur einigermaßen komplizierten Sachen und viertens der Garantie einer ebenso ausgiebigen Verhandlung mit der Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der Angeklagten im Sinne der Verordnung des Justizministeriums, wie dies in Moabit mit geringen bedauerlichen Ausnahmen gang und gäbe ist. Denn eine Schnelljustiz, die dieser letzten Forderung ins Gesicht schlägt, kann weder der Aufgabe, Recht zu sprechen, noch der sozialpädagogischen Behandlung des Rechtsverletzers durch die Strafe zu ermöglichen, gerecht werden.

Die Schaffung eines Schnellschöffengerichts erscheint gerade in diesem Augenblick um so notwendiger, als laut Verfügung des Justizministers eine ganze Anzahl

politischer Delikte von der Schnelljustiz abgeurteilt

werden sollen. Das Vertrauen zur Justiz verlangt aber, daß in diesen Prozessen nach Möglichkeit Laienrichter teilnehmen. Das liegt im Interesse des Richters selbst. Aber gerade bei Aburteilung der politischen Delikte, wie Widerstand gegen die Staatsgewalt, tätliche Angriffe gegen Polizeibeamte und dergleichen mehr ist sowohl eine eingehende Verhandlung durch Befragung der Zeugen, als auch die Teilnahme eines Verteidigers sehr oft erforderlich. Der Vorteil der Frische des Eindrucks wird bei der Schnelljustiz nicht selten dadurch aufgewogen, daß die Erregung des Vorfalls noch nicht abgeklungen ist.

Das Schnellgericht soll für sämtliche in Frage kommenden Vergehen und Verbrechen — nur bei Haftsachen — innerhalb Groß-Berlins zuständig sein. Bis zu seiner Schaffung sollen für die in Berlin-Mitte begangenen Verbrechen und Vergehen, sofern für sie die Schnelljustiz geeignet ist, sämtliche Schöffengerichte des Amtsgerichts Berlin-Mitte gewissermaßen als Schnellschöffengerichte tätig sein. Die Polizei ist angewiesen, die Verhafteten, besonders wenn es sich um die in der letzten Zeit üblichen „politischen" Delikte handelt, unmittelbar zur Aburteilung den Schöffengerichten vorzuführen. Erforderlichenfalls sollen besondere Sitzungen anberaumt werden.

Sofern die Verhandlungen hier unter Gewährung der notwendigen Rechtsgarantien vor sich gehen, kann grundsätzlich dagegen nichts eingewendet werden. Glaubt man einmal innerhalb eines engen Kreises von Mitbürgern durch Abschreckung Erfolge erzielen zu können, so wird ein schnelles Zugreifen der Justiz nur berechtigt erscheinen, sofern das Recht durch die Schnelligkeit nicht leidet.

SPD. 90. Abt., Neukölln.

Am 19. August verstarb unser treuer Genosse und langjähriger Funktionär

Hermann Schönwälder

Offstraße 38, im 45. Lebensjahr.

Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 22. August, 18 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Zahlreiche Beteiligung erbittet

Der Abteilungsvorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin

Todesanzeige

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Einrichter

Martin Haupt

am 18. August gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Freitag, dem 22. August, nachm. 4 Uhr, auf dem Elisabeth-Friedhof Pankow, Wollankstraße, statt.

Rege Beteiligung erwartet

Die Ortsverwaltung

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater

geschlossen.

Abonnements-Anmeldungen

werden entgegengenommen:

a) für die Staatsopern und das Staatl. Schauspielhaus vom Abonnementsbüro, Berlin W 56, Oberwallstr. 22 von 9—2 Uhr. Fernspr. Merkur 9024,

b) für das Staatl. Schillertheater vom Abonnementsbüro, Berlin-Charlottenburg, Grolmanstraße 70 von 9—2 Uhr. Fernspr. Steinpl. 6715,

c) für die Städtische Oper vom dortigen Abonnementsbüro, wochentags von 10—2 u. v. 6—8 Uhr.

Städtische Oper

Bismarckstraße

Turnus IV. — 19½ Uhr

Der Freischütz

Ende 22½ Uhr.

SCALA

Tägl. 5 u. 8½ Uhr, So 5 Barb. 9255

Pr. 1—5 M. — Nachm. halbe Preise.

NONI und **HORACE** usw.

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr

Lothringer Straße 37.

Für unsere Leser: Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil 1.25 M., Sessel 1.75 M.

Der Possen-Schlager

Der selige Hollschinsky

und ein erstkl. buntes Programm.

Reichshallen-Theater

8 Uhr

Stettiner Sänger

Neu: **Laß Blumen sprechen!**

Sonntag, 31. 8.: 1. Nachmittags-Vorstellung zu halben Preisen.

Dönhoff-Brettl:

Das beliebteste Varieté Berlin.

Theater i. d. Behrenstr. 53-54

8¼ Uhr

Ist das nicht nett von Colette?

Zimmer: 1 Bett Mk. 7.- bis 11.- 2 Betten 13.- bis 22.- Bad: Mk. 3.- Salon: 10.-

Keine höheren Preise

Berlin HOTEL Adlon EXCELSIOR

HAUS VATERLAND

Das Vergnügungs-Restaurant für JEDERMANN

BETRIEB KEMPINSKI

Berliner Ulk-Trio

Neukölln, Lahnstr. 74/75.1

Rennen zu Hoppegarten

Donnerstag, 21. August

nachmittags 3½ Uhr.

Winter Garten

8.15 Uhr — Kuchen erlaubt

Carlos und Chita u. Co. und weitere in Berlin noch nicht gezeigte Stars.

Wangrin & Butz

Elektr. Licht-, Kraft- u. Klingelanlagen

Konzess. für sämtl. elektrische Werke

E 3 **Bln.-Neukölln** Hobrechtstr. 59 – 60 E 3

Telephon: Neukölln 5157

Deutsches Theater

D 2 Weidendamm 5201

8 Uhr

Phaea

von Fritz v. Unruh.

Reg.: Max Reinhardt

Musik: Friedrich Hollaender. Bühnenbilder Ernst Schütte.

Die Komödie

11 Bismck. 2414/7519

8½ Uhr

Heute zum 75. Male:

Wie werde ich reich und glücklich?

Lustspiel von Felix Jeschonnek. Musik von Nicolas Spoliansky. Regie: Erich Engel. Bühnenbilder Ludwig Kainer

---

Deutsches Künstler-Theat.

Tel. Barbarossa 3937

8½ Uhr

Weekend

Lustspiel von N. Coward.

Renaissance-Theater

Steinplatz 6780

9 Uhr

Die **Wunder-Bar**

Revuestück

Berliner Prater

Sommertheater

Kastanienallee 7—9

Hümb. 2246

Eine entzückende **Burleske** sowie der auserwählte **Varieté-Teil.**

Täglich 8¼ Uhr

Gustl Bauer, Trude Schröder, Herta Starg, Erwin Hartung

in

Katja, die Tänzerin

Operette in 3 Akten von Leopold Jakobson und Rudolf Oesterreicher

Musik von **Jean Gilbert.**

Heute Volkstag!

Auf allen numer. Plätzen 50 Pf. außer Loge.

Lessing-Theater

Weidendamm 2797 u. 5848

Täglich 8½ Uhr

Wiederaufnahme beantragt

v. Otto Ernst Hesse

Loos, Hendrich, Renß, Flamm, Fulkenberg, Günther, Grodtzinsky

---

Theater d. Westens

Täglich 8½ Uhr:

Das Land des Lächelns

Franz Lehars Sensationserfolg

Metropol-Theater

Täglich 8¼ Uhr

Sensationeller Operettenerfolg!

Unter pers. Leitung des Komponisten

Viktoria und ihr Husar

Komische Oper

8½ Uhr

Paul Westermeier

in

Liebe und Trompetenblasen

Operette von Roland.

8¼

Elite-Sänger

im Theater am Kottbuser Tor.

Kottbuser Str. 6 Tel. Mpl. 16077

Zille-Festspiele

Sonntag, den 24. August

1. Nachm.-Vorstellung zu ermäßigten Preisen.

Wo speist man gut und billig? Nur **Gross-Berlin** Alexanderplatz

---

Patente

DPA M Marenz erwirkt **Dr. Bogdahn,** SW 61, Gitschinerstr. 3

RICHARD OSWALDS

Dreyfus

Ein Tonfilm von Heinz Goldberg und Dr. Fritz Wendhausen

... vehement wirkend ... mitreissende Darstellung Heinrich Georges ... das Publikum raste Beifall .. U. Z. am Mittag

Richard Oswald Produktion der Südfilm A.-G.

Täglich 4⁵⁰ 6⁴⁰ 9¹⁰

GLORIA-PALAST

a. d. Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche

„Die tolle Lola"

Hans Rose • Loni Pyrmont

Täglich 8.15 Uhr

im

Rose-Theater

(Gartenbühne)

Musik: Hugo Hirsch. Regie: Edgar Kanisch. Tänze: Bruno Arno. Orchester: Max Schmidt. Neue Ausstattungen: Walter Fischer.

Im Innentheater 8¼ Uhr:

Heimliche Brautfahrt

mit W. Rose und Gert. Kanitz.

Werde Abonnent des Rose-Theaters!!

Unser Abonnement bietet:

12 Vorstellungen im Jahr.

Freies Programm. Freie Garderobe (als einzige Bühne Berlins). Beim Beitritt bis 31. August keine Einschreibegebühr. Unsere Abonnenten werden u. a. sehen: „Die Braut von Messina", von Schiller. „Die schöne Helena", große Operette von Offenbach. „Eine Nacht in Venedig", mit Musik von Johann Strauß. „Die Dollarprinzessin", von Leo Fall. „Die Faschingsfee", von Kalmán. „Rose Bernd", von Gerhart Hauptmann. „Der Veilchenfresser", von Moser, „Die fünf Frankfurter", von Rößler. „Das 4. Gebot", von Anzengruber.

Vorteilhafte Plätze im Abonnement:

I. Parkett-Sessel nur RM 1,10
II. Parkett nur RM 0,85
I. Rang-Balkon nur RM 1,—
I. numerierter Mittelrang nur RM 0,60

(Die Preise verstehen sich inkl. Programm und Garderobe)

Persönliche Anmeldung wochentags v. 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends. Können Sie uns nicht persönlich besuchen, so schreiben Sie uns bitte Ihre Adresse. Wir senden Ihnen dann umgehend kostenlos und unverbindlich einen ausführlichen Prospekt.

Name: .....

Wohnung: .....

Heute: Schlußtag

Saison-Ausverkaufs

unseres großen

wegen 1. August

Foulard-Seide sparte Druckmuster ..... Meter **2,65**

Mantelflausch ca. 140 cm breit, in vielen Farben, Mtr. **3,45**

Unterkleid für Damen, Tricot charmeuse, mit Spitzengarnitur **3,90**

Hertie-Kappe aus gutem Wollfilz, fesch, kleidsam und modern, in vielen Farben **4,90**

Damen-Kleid reine Seide, sparte Druckmuster, kleidsame, moderne Form **13,75**

Mengenabgabe vorbehalten Verkauf soweit Vorrat

182 HERMANN TIETZ

DAS WARENHAUS BERLINS IN ALLEN STADTTEILEN

Gewinnauszug

5. Klasse 35. Preußisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

10. Ziehungstag — 20. August 1930

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 55552 214956
4 Gewinne zu 5000 M. 189214 299516
18 Gewinne zu 3000 M. 81453 130446 177048 218337 227679 295204 307018 353940 355991
12 Gewinne zu 2000 M. 13137 209235 279029 284894 303263 305955
38 Gewinne zu 1000 M. 37 44468 103740 155186 155954 164264 198010 232797 244804 252422 277877 301203 302153 307172 311409 318669 338982 366256 367140
84 Gewinne zu 500 M. 6215 7633 10922 21952 32066 34431 40871 55923 55836 60175 81881 86262 89589 90139 93944 97606 109639 110527 128199 135981 154491 159233 172195 195486 212491 217485 225907 226756 239318 247801 259294 254294 278138 288083 303030 314393 316795 321217 322313 351745 357798 370807

In der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 193263
12 Gewinne zu 3000 M. 91789 115920 269385 350908 362278 369981
8 Gewinne zu 2000 M. 41411 59633 264159 373156
22 Gewinne zu 1000 M. 21452 32955 68317 112562 160609 181210 200950 210568 268571 275332 339126
72 Gewinne zu 500 M. 11984 24545 28799 43558 55479 57534 64793 76487 100276 104964 138014 155952 156559 165981 178481 185495 187289 201558 217342 219275 223556 230563 244095 250210 277740 277968 317320 319845 336662 339199 342506 360233 363108 363922 370564 393193

Im Gewinnrade verblieben: 2 Prämien zu je 500000, 2 Gewinne zu je 500000, 2 zu je 100000, 2 zu je 75000, 2 zu je 50000, 8 zu je 25000, 56 zu je 10000, 110 zu je 5000, 282 zu je 3000, 538 zu je 2000, 1364 zu je 1000, 2986 zu je 500, 7824 zu je 300 M.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsmitglieder!

Am Freitag, dem 22. August, keine Sitzung der mittleren Ortsverwaltung.

Die Liquidationen für Monat August müssen bis Dienstag, dem 26. August, eingereicht werden, Auszahlung Freitag den 29. August.

Die Ortsverwaltung.

Verkäufe

Ausverkauf wegen vollständiger Aufgabe. Gardinen, Stores, Bettdecken und Steppdecken bis 50 Prozent ermäßigt. Großes Lager in Teppichen, Brücken, Divandecken, fabelhaft billig. Teppichhaus Oberbach, Friedrichstraße 168 I, Ecke Behrenstraße. *

Tapeten. Sallat, Kolonistraße 9 *

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Kavaliersgarderobe von Millionären. Kergten, Smokings, Fahrbalt billige Preise. Empfehle Tallenwäsche!. Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sport-Gehpelze. Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. *

Möbel

Moebel-Boebel, Moritzplatz, liefert seit 50 Jahren gediegene Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Einzelmöbel aller Art in nur guten Qualitäten zu niedrigsten Preisen. Ausstellung in 6 Fabrikretagen. Auf Wunsch Zahlungserleichterung. *

Meine Lieben! Augen auf! Noch ist es Zeit!

Sie kaufen heute billig: Schlafzimmer, Eiche, nur 375,—, Schlafzimmer, Nußbaum, nur 385,—, Schlafzimmer, Birke, 395,—, Schlafzimmer, Mahagoni, 715,—, Speisezimmer, Nußbaum, nur 490,—, Speisezimmer, Eiche, 390,—, Küchen, weiß und lackiert, 68,—, Ankleideschrank 62,—, Ankleideschrank mit Wäscheeinteilung 88,—, Ankleideschrank mit Wäscheeinteilung und Spiegel 98,—. Sämtliche Möbel zu halben Preisen. Das versäume niemand. Möbel-Schragar, Kastanienallee 45/49, im Fabrikgebäude.

Möbel-Kamerling, Kastanienallee 58. Kücheneinrichtungen, Abwaschtische, Weißlackschränke, Flurmöbel, Riesenauswahl, Spottpreise, Zahlungserleichterung. *

Patentmatratzen „Primiflex" Metallbetten, Kaltschaummatratzen, Chaiselongues, Walter, Stargardterstraße achtzehn, Kein Laden. *

Zu Möbel Schmidt. Ihr erster Schritt! **Möbel Schmidt.** Katalog gratis. **Möbel Schmidt,** Bernauerstraße 80.

Möbelkäufer merke Kredit und der Möbelbazar, große Auswahl, kleine Preise! Beispielsweise: Schlafzimmer 455,—, Speisezimmer 517,—, Herrenzimmer 389,—, Spiegelschränke 118,—, Dielengarnitur 38,—, Einrichteküche 99,—, Messingbettstelle 66,—, Kleiderschränke 48,—, Chaiselongues 28,—, Metallbettstelle 18,—, Kaltschaummatratze 13,—. Sonstige Möbel angemessene Preise. Teilzahlung aufschlagfrei. Wochenraten, Monatsraten, Kassarabatt bis zehn Prozent, auch auf Anzahlungen. Kleine auch ohne Anzahlungen. Kredite bis zwei Jahre. Möb. Ring. Katalog franko. Hauptgeschäft: Steglitz, Schloßstraße 107; 2. Geschäft: Neukölln, Hermannplatz 7; 3. Geschäft: Belle-Alliance-Straße 95,—, Untergrundbahn; 4. Geschäft: Kottbusser Straße 23, gegenüber Elitesänger. *

Musikinstrumente

Gegen kleine Raten erhalten Sie gebrauchte sowie neue Pianos. Große Auswahl. Lagerbesuch lohnend. Stresemannstraße 14 und Brunnenstraße 191.

Linkpianos, überaus preiswert, Pianofabrik Link, Brunnenstraße 35. *

Fahrräder

Gebrauchte Fahrräder 15.— 20.—, 25.—, 30.—, 35.—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Steuerfrei, großer Posten, mit englischem Motor, Dreigang, 495 Mark, nur Schönhauser Allee 40a. *

Kaufgesuche

Zahngebisse. Platinabfälle, Altzinn, Blei, Quecksilber, Silberschmelze. Goldschmelzerei Christionat, Köpenickerstraße 39 (Haltestelle Adalbertstraße) *

Unterricht

Berlin School. Leipzigerstraße 110, Kurfürstendamm 26a. Fremde Sprachen. Zirkel: 12 Teilnehmer, monatlich 12 M., vierteljährlich 30 M., zahlbar in Raten. Eintritt jederzeit.

Technische Privatschule Dr. Werner, Regierungsbaumeister, Berlin, Brandenburgstraße 3. Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Steinmetzschule, Heizungstechnik. *

Verschiedenes

Feingold der Uhrmacher. Jede Uhrenreparatur ausnahmslos zwei Mark. Zweijährige schriftliche Garantie. Zentrale: Münzstraße 20. Annahmestellen in folgenden durch Plakate gekennzeichneten Zigarrenläden: Zentrum: Spandauerbrücke 10. Norden: Ackerstraße 63; Weinbergsweg 6; Tauchstraße 38; Treptowstraße 61, Ecke Danziger Straße. Osten: Frankfurter Allee 285; Kopernikusstraße 5; Köpenickerstraße 165; Landsbergerplatz 2; Andreasstraße 24 (Andreasplatz). Neukölln: Urbanstraße 85 (Hermannplatz); Kaiser-Friedrich-Str. 106. *

Mietgesuche

Leeres Zimmer von Genossen sofort gesucht. Möglichst Bad, elektrisches Licht. Gegend gleich, auch Neubau. Preisangebote unter B. 31 an den Vorwärts.

Dreimäderlhausmodell in Alt-Berlin

Eins der schönsten Stücke Alt-Berlins ist das Haus Petrigasse 15 mit seinem Hof, den noch heute wie vor 400 Jahren die gedeckten Bogengänge umziehen. Das selten gut erhaltene Beispiel eines Hauses des ältesten Berlins hat eine interessante Vergangenheit. Es war Klostergut und diente als Aufenthaltsort fürstlicher Nonnen, die so vornehm waren, daß selbst der Pförtner adlig sein mußte. Dieser wohnte in dem noch heute erhaltenen Pförtnerhaus, von dem rechts auf der Zeichnung noch ein Stück zu sehen ist. Als nach der Reformation die Klöster aufgelöst wurden, beschlagnahmte der Große Kurfürst das Haus für die Krone und machte es zu seinem Lustschloß. Er wird dort manches Schäferstündchen gefeiert haben, trotzdem unter seiner Regierung nach dem Gesetz auf Ehebruch der Tod stand. Solche Gesetze waren eben bloß für die Untertanen. Wenn man heute den von hohen Brandmauern umschlossenen Hof mit seinem Kopfsteinpflaster sieht, die altersgrauen Mauern, das Rondell, Gartenersatz in der engen Festung Berlin, wo sonst kaum Platz war für Baum oder Strauch, so kann man sich kaum vorstellen, daß hier einst das helle Lachen schöner Frauen ertönte. Und doch gewährt der Hof dem Phantasiebegabten ein Bild aus jenen längst vergangenen Tagen, die oft in den Augen von Leichtgläubigen in so rosigem Licht erstrahlen. Kein Wunder, wenn man zu der Berliner Aufführung des „Dreimäderlhauses", jener erfolgreichen Operette, den Hof zum Modell für ein Bühnenbild nahm. Auch das Innere des Hauses bietet dem Besucher Interessantes. Das enge Treppenhaus ist sicher ein Kuriosum. Wellblechbekleidung, die schon 1871 angelegt wurde, verhütet weiteren Verfall und bietet den Bewohnern Sicherheit bei Feuersgefahr. Die Verglasung der Tür, die zum Hof führt, besteht aus Marienglas, und zwar sind diese unscheinbaren Stücke weit bekannt; denn sie sind das erste bunte Marienglas, das geschaffen wurde.

Ueberfallkommando verunglückt

Fünf Personen erheblich verletzt.

Das Ueberfallkommando wurde gestern nachmittag nach der Düsseldorfer Straße 4 gerufen, wo es vor einem Lokal zu einer Schlägerei gekommen war. Auf dem Wege dorthin erlitt das Polizeiauto, in dem außer dem Führer noch drei Beamte saßen, einen schweren Unfall.

In ziemlicher Entfernung vor der Kreuzung Düsseldorfer und Uhlandstraße gab der Führer des Polizeiautos laute Signale, die von einem Privatauto nicht beachtet wurden. Dadurch kam es zwischen beiden Fahrzeugen zu dem Zusammenstoß. Drei Beamte, der Wachtmeister Grabe sowie die beiden Oberwachtmeister Bonath und Moll wurden auf das Straßenpflaster geschleudert; sie erlitten erhebliche Verletzungen. Der Führer des Privatautos, Dr. Jakobi aus der Landhausstraße und sein Mitfahrer, der Kaufmann Hans Henschel, trugen gleichfalls erhebliche Verletzungen davon. Polizeiwachtmeister Grabe und Dr. Jakobi mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Die anderen Verunglückten konnten nach Anlegung von Notverbänden wieder entlassen werden. Beide Fahrzeuge waren so schwer beschädigt, daß sie abgeschleppt werden mußten.

Als ein zweites Auto des Ueberfallkommandos, das von dem Unfall telephonisch in Kenntnis gesetzt worden war, in der Düsseldorfer Straße eintraf, hatten bereits Beamte der Revierpolizei eingegriffen und die an der Schlägerei Beteiligten auseinandergebracht.

Nach den bisherigen Ermittelungen und auf Grund mehrerer Zeugenaussagen soll den Privatfahrer die Alleinschuld an dem Unfall treffen. Während andere Autos auf das bekannte und weithin vernehmbare Fanfarensignal sofort stoppten, versuchte Dr. Jakobi in seinem Ford noch die Kreuzung zu überfahren. Seltsamerweise hatte er nicht einmal den Führerschein bei sich.

Seit Wochen verschwunden!

Man befürchtet Verbrechen an 17jährigem Mädchen.

Seit dem 21. Juli ist die 17jährige Hausangestellte Anna Freytag, die bei einem Förster in Lotsche, in der Nähe von Klosterfelde bei Wandlitz beschäftigt war, spurlos verschwunden. Die Begleitumstände lassen bisher darauf schließen, daß an dem jungen Mädchen ein Verbrechen verübt worden ist.

Die Vermißte unterhielt Beziehungen zu einem 26jährigen Melker Johannes Hubrig; er arbeitete auf einem Bauerngut, das einige Kilometer von Lotsche entfernt liegt. In den Abendstunden des 21. Juli hatte Hubrig das Mädchen abgeholt und beide entfernten sich in der Richtung nach dem Walde. Von diesem Ausgang ist dann Anna Freytag nicht mehr zurückgekehrt. Auch Hubrig war auf einmal verschwunden und konnte erst vor wenigen Tagen in Schlesien ermittelt werden. Er wurde von der Polizei vernommen und verwickelte sich dabei in Widersprüche. Er bestreitet, mit dem Mädchen an dem fraglichen Abend ausgegangen zu sein. Diese Behauptung wird jedoch durch das Zeugnis des Försterehepaares und auch mehrerer anderer Zeugen widerlegt, die beobachteten, daß Hubrig mit dem Mädchen im Walde verschwunden ist. Unter diesen Umständen besteht der dringende Verdacht, daß **Anna Freytag, die ihrer Niederkunft entgegensah, einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist.** — Man hat bereits mit einer Durchsuchung der sehr ausgedehnten Waldungen unter Zuhilfenahme von Polizeihunden begonnen.

*

Weiter beschäftigt das Verschwinden der 15jährigen Schülerin Anneliese Pahl aus Spandau, Földerichstraße 88, die Berliner Polizei. Das Kind ging am 4. Juli um 8½ Uhr früh von Hause fort und ist seitdem verschollen. Die Vermißte hatte ihren Eltern noch 200 Mark entwendet, das Geld muß jedoch lange ausgebraucht sein. Alle Nachforschungen nach ihrem Verbleib waren bisher erfolglos.

Wieder Notlandung an der Schwedenküste.

Postflugzeug D 1839 wegen Motorschaden.

Der Seeflugverkehr nach Schweden scheint unter sehr ungünstigen Stern zu stehen. Gestern mußte wieder ein Postflugzeug acht Seemeilen von der schwedischen Küste eine Notlandung vornehmen. Das ist der vierte Fall dieser Art im Zeitraum von etwa zwei Monaten. Zwei Flugzeuge gingen bekanntlich unter, wobei ein Teil der Besatzung und die Passagiere ertranken. Ein Flugboot mußte vor kurzem wegen Kurbelwellenbruchs niedergehen und konnte ohne Gefährdung von Menschenleben abgeschleppt werden.

Es handelte sich diesmal um das Postflugzeug D 1839, das unter Führung des Grafen Schack auf dem Fluge von Stockholm nach Stralsund in der Nähe von Heraldsker, acht Seemeilen von der Küste entfernt, infolge Motorschadens gelandet ist. Der Führer und der Bordmonteur blieben auf dem Flugzeug, einer Junkers W 33 auf Schwimmern, und konnten einem Ersatzflugzeug die mitgeführten Postsäcke übergeben. Die Junkers-Maschine ist dann durch ein Lotsenflugzeug nach Waldemarsvik abgeschleppt worden. Die Maschine wird nach Einbau eines neuen Motors nach Stralsund zurückkehren.

Tödlicher Absturz eines Kunstfliegers.

Auf dem Flugplatz Oberwiesenfeld bei München stürzte gestern das Flugzeug D 966 ab. **Der Flugzeugführer Ohm, der Kunstflüge ausführte, war auf der Stelle tot.**

Der Fernflug Berlin – Tokio.

Der japanische Flieger Seiji Yoshihara, der gestern früh auf dem Flugplatz Tempelhof zu einem Flug Berlin—Tokio gestartet war, ist auf seiner ersten Etappe in **Königsberg um 9 Uhr 50 Minuten auf dem Flugplatz Devau eingetroffen** und um 11 Uhr 30 Minuten zum Weiterflug gestartet.

SINCLAIR LEWIS

[64]

DER ERWERB

ROMAN

Dann erzählte er vom Tode seines kleinen Jungen.

„Er war der reizendste Bengel — jeder hatte ihn gern. Wenn ich abends müde heimkam, faßte er meinen Finger — sehen Sie, den hier, den Zeigefinger — und hielt ihn fest und verlangte, daß ich ihm das Bilderbuch zeige . . . Und dann starb er."

Herr Schwirtz erzählte das ganz schlicht, während er nach den Wolken sah, die wie eine Handvoll weißer Farbflecke auf den blauen Himmel geworfen waren.

Una mochte das Wort „Witwer" nicht leiden; es rief in ihr die Erinnerung an Henry Carson wach, und an den Leichenbestatter in Panama, erweckte die Vorstellung von Begräbnissen und müden Männern, die versuchten, ihre Kinder zu waschen und eine neue Frau zu finden, die ihnen diese Arbeit wieder abnähme; Vorstellungen von all den üblen Gerüchen schmutziger Küchen in den Seiten- und Hintergäßchen einer Großstadt. Für sie war Julius Edward Schwirtz jetzt kein Witwer mit schlaffen Hautfalten im Nacken, sondern ein Mann, der trauerte, einer, der den Verlust seines Kindchens, das über ein Bilderbuch gebeugt saß, ebenso verzweifelt empfinden konnte wie ein Walter Babson. Sie, die Mutterlose, liebte ihn jetzt beinahe, da sie auf der gleichen Stufe menschlichen Grams mit ihm stand. Und heimlich weinte sie ein wenig und dachte an ihre Sehnsucht nach der verstorbenen Mutter, während er leise fortfuhr:

„Meine Frau starb ein Jahr später. Ich konnte nie darüber wegkommen; ich meinte, ich müßt' mich umbringen, so oft mir ein grobes Wort einfiel, das ich ihr gesagt hatte — natürlich ohne mir was Schlimmes dabei zu denken, einfach hitzig, wie Männer oft sind. Ich glaubte, ich würde nie drüber wegkommen. Die Abende waren einfach unerträglich; sie waren so — leer. Sogar auf der Reise — es war niemand da, dem ich zu schreiben hatte, niemand, dem was an mir lag. Saß einfach in einem Hotelzimmer und dachte an sie. Und ich kann' es mir gar nicht vorstellen, daß sie wirklich nicht mehr da war. Wissen Sie, Fräulein Golden, Monate nachher, so oft ich von der Reise nach Boston zurückkam, hatte ich das Gefühl, daß ich zu ihr zurückkäme, es schien mir wenigstens so, obwohl ich wußte, daß sie nicht mehr da war — ja, und abends, wenn ich zu Hause saß und ein Buch las, meinte ich oft ihren Schritt zu hören, und ich sah auf und lächelte — und dann war sie nicht da; sie würde nie mehr da sein . . . Sie war in mancher Beziehung ganz so wie Sie — derselbe Typus von einer klugen, hübschen kleinen Frau mit hellem Haar — ja, sogar dieselben Augengläser . . . Sie nehmens mir doch nicht übel, daß ich das sage; daß Sie für mich dasselbe bedeuten, wie . . ."

„Nein, ich freue mich darüber . . ." flüsterte sie.

Herr Schwirtz benützte die Enthüllung seines Lebensschicksals nicht, wie der hastig-zerfahrene Walter Babson, als Vorwand, Unas Leidenschaft zu erwecken. Aber er hatte ihre Hand ergriffen und hielt sie fest, und sie ließ es geschehen.

Das war alles.

Er brachte ihr Blut nicht in Wallung; immer noch war es Walters dunkelhaariger Kopf und das Köpfchen seines Kindes, die sie an die Brust zu drücken wünschte. Doch für Herrn Schwirtz empfand sie ein herzliches Wohlwollen, das so geruhsam war wie der stille Sommernachmittag.

„Ich bin sehr froh, daß Sie mir das gesagt haben. Ich versteh' es genau. Ich habe vor einem Jahr meine Mutter verloren," sagte sie leise.

Er drückte ihre Hand und seufzte: „Danke Ihnen, Kleinchen." Dann stand er auf und fügte etwas lebhafter hinzu: „Wird langsam spät — höchste Zeit zum Abhacken."

Nicht einmal ihre Hand berührte er wieder. Doch am letzten Abend seines Aufenthaltes im Hotel bat er: „Darf ich Sie in New York besuchen kommen?" Und sie sagte: „Ja, tun Sie das."

Sie blieb noch einen Tag nach seiner Abreise; einen langen, einsamen Sonntag. Sie ging allein fünf Meilen weit spazieren. Sie dachte an die augenblicklich noch entsetzlichere Tatsache, daß der Urlaub vorüber war, daß das Büro sie wieder verschlingen werde. Sie machte sich klar, daß zwei Wochen Ferien genug seien, um auszuruhen und sich vom Büro zu erholen; doch nicht lange genug, um mit der Entdeckung einer wirklichen Lebensfreude auch nur zu beginnen.

Zwischen Angst und Beben vor dem rasenden Herannahen des Bürolebens dachte sie an Herrn Schwirtz. (Sie nannte ihn immer noch so, auch wenn sie mit sich selbst sprach. Es war ihr unmöglich, den Namen „Eddie" mit seiner gepflegten Korpulenz und seiner Reife in Einklang zu bringen.)

Sie kam zu dem Schluß, daß er bezüglich des Sozialismus unrecht hatte; sie machte schwache Versuche, herauszufinden, womit er unrecht hatte, und entschloß sich, ihre Lehrerin in Idealen, Mamie Magen, um die richtigen Antworten auf seine Einwendungen zu befragen. Sie war überzeugt, daß er in seinem Benehmen und in seiner Sprechweise ein wenig ungeschlacht war, auch ein wenig prahlerisch und ein bißchen redselig.

„Aber ich habe ihn gern!" rief sie den Hügeln und dem freien Himmel zu. „Er würde für mich sorgen. Er ist gut, und er könnte manches lernen. Wir würden in New York zusammen in Konzerte gehen und so weiter — du lieber Gott, mir scheint, ich weiß selbst nicht allzuviel von all diesen Kunstsachen. Ich weiß nicht warum, aber selbst wenn er nicht interessant ist wie Mamie Magen, ich habe ihn doch gern — glaube ich!"

6.

Auf der Heimfahrt nach New York, früh am nächsten Morgen, fühlte sie sich so frisch und bereit, in all der morgendlichen Kraft in und um sich, daß sie sogar Geschmack daran fand, die Arbeit wieder aufzunehmen. Ja, sie freute sich; jede Faser in ihr war einfach vollgesogen mit Ferientagen; sie fühlte sich so viel stärker und glücklicher; New York und diese ganze Berufswelt könnten doch gar nicht wieder ein so erdrückendes Einerlei werden, weil sie selbst sich verändert hatte.

Doch im Zuge wurde es allmählich heiß und staubig; die italienischen Fahrgäste fingen an, Kragen und handbemalte Krawatten abzulegen.

Und heiß und staubig, schwitzend und von schwindelerregendem Gedränge erfüllt waren die Straßen New Yorks, als sie es nun abermals wagte, sich von der großen Zentralstation aus in die Stadt zu stürzen.

Es war spät. Sie ging sofort ins Büro. Sie versuchte, das Gefühl abzuschütteln, daß die Berkshires — wo sie an eben diesem Morgen in der kühlen, grünen Morgendämmerung erwacht war — viele Meilen und Jahre zurücklagen. Müde war sie, doch sonnengebräunt, und sie atmete leicht. So stürzte sie ins Büro, stellte ihren Handkoffer nieder, freute sich, Herrn Wilkins zu begrüßen, und antwortete gern auf sein herzliches: „Na, na. Sie sind ja braun wie eine Negerin! Haben Sie's schön gehabt?"

„Das Büro ist wirklich anders," rief sie — jenem anderen, früheren Ich zu, das in einem Zuge gesessen und gehofft hatte, daß das Büro anders sein würde.

(Fortsetzung folgt.)

Abschied von Robert Wengels.

Die große Halle des Krematoriums in der Gerichtstraße vermochte kaum alle jene aufzunehmen, die gekommen waren, um Abschied von Robert Wengels, dem treuen Genossen und unermüdlichen Kämpfer zu nehmen. All die alten verdienten Parteiveteranen waren erschienen, um ihrem alten Kameraden noch einmal nahe zu sein. Und die Herzen der Jungen waren dankeserfüllt für den Toten, dessen Leben bis zuletzt der Sache der Unterdrückten und Geknechteten, unserer Sache geweiht war.

Lautlose Stille herrscht, als der Chor das Lied vom Sohn des Volkes anstimmt. Reich ist der Sarg mit Blumen und Kränzen geschmückt. Zu beiden Seiten grüßen die roten Fahnen der Menschenliebe. Die ersten Gedenkworte spricht Stadtrat Genosse Stimming. Robert Wengels gehörte zu den treuesten der Partei. Ihn brauchte man niemals zu rufen, er war stets auf seinem Posten. Zu einer Zeit, da die Sozialdemokratie noch verfolgt und bedrückt war, hat er mutig und opferbereit seine Kräfte in den Dienst unserer großen Idee gestellt. Er war ein Vorwärtsstürmer bis ins hohe Alter. Der Tod kam zu ihm als ein Freund, der ihn von einem schweren Krankenlager erlöste. Wir danken dir, Robert Wengels, und geloben in deinem Sinne weiter zu arbeiten. — Für den sozialdemokratischen Parteivorstand, den Bezirksvorstand der Berliner Sozialdemokratie und für den „Vorwärts" sprach Landtagspräsident Genosse Bartels. Dankbar gedenken wir in dieser Stunde des treuen Genossen, der in vielen Vertrauensämtern jahrzehntelang unermüdlich für die Partei tätig war. Wengels war einer der ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten. Im Berliner Rathaus hat er lange zum Wohle der Berliner Arbeiterschaft gearbeitet. Er war der Freund Paul Singers, mit dem er viele Jahre harmonisch zusammen wirkte. Besondere Verdienste hat sich Wengels auch um den „Vorwärts", als Mitglied der Pressekommission und Filialleiter erworben. 15 Jahre gehörte er dem Parteivorstand an. Robert Wengels Leben war so, daß sein Name von der Berliner Arbeiterschaft und darüber hinaus nicht vergessen werden wird. Bartels schloß seine Gedenkrede mit den Worten des Arbeiterdichters: „Der Gedanke, dem dein Leben opfernd du dahingegeben, siegend wird er weitergeh'n."

Ein alter Freund des Verstorbenen, Robert Blum, spricht im Namen der Parteiveteranen. — Chorgesang schließt sich an, dann erklingt leise die Orgel. Feierlich senken sich die Fahnen über den langsam entschwindenden Sarg. Lautlos hat sich die erschütterte Trauergemeinde erhoben....

Der „Meisterspion Deutschlands"

— und seine gefälschten Empfehlungsbriefe.

Unter der Anschuldigung, Empfehlungsbriefe aus dem Büro des Reichspräsidenten und des Auswärtigen Amtes gefälscht zu haben, stand der Kaufmann Adolf Thum vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte.

Er erschien im vorigen Jahr auf dem Reichsentschädigungsamt und machte eine Forderung von 200 000 M. geltend, die er damit begründete, daß er in Kriegsgefangenschaft gewesen war und dadurch alle jenen hohen Beträge verloren habe, die er sonst als Agent für den deutschen Nachrichtendienst verdient hätte. Zur Bekräftigung seiner Forderung legte Thum ein Schreiben des Auswärtigen Amtes vor, in dem bescheinigt wurde, daß Herr Thum einer der erfolgreichsten und bestbezahlten Agenten gewesen sei und wegen gesundheitlicher Kriegsschäden aus dem Dienst ausscheiden mußte. Dieses Schreiben wurde noch durch einen Brief des Ministerialdirektors Koltmann aus dem Büro des Reichspräsidenten unterstützt. Durch telephonische Recherchen erfuhr man, daß keines der amtlichen Büros Herrn Thum kannte, und daß diese Briefe gefälscht waren. Thum blieb bei seiner Vernehmung bei seiner Behauptung, daß er „einer der größten Spione Deutschlands" gewesen sei und als solcher das Recht hätte, vom Reich für seine Kriegsgefangenschaft entschädigt zu werden. Im Jahre 1912 sei er durch einen Oberleutnant zu der Tätigkeit im deutschen Nachrichtendienst verpflichtet worden, und er habe bis zum Jahre 1913 in Frankreich erfolgreich gearbeitet. Dann sei er nach Marokko geschickt worden, wo er ein Geschäft zum Export von Holz und Fellen einrichtete, um seine eigentliche Arbeit zu verdecken. Bei Kriegsausbruch wurden seine Helfer, die ihn im Nachrichtendienst unterstützten, festgenommen und alle standrechtlich erschossen. Das Geschäft wurde von den Franzosen beschlagnahmt und er selbst gefangen genommen. Als er im Jahre 1918 auf dem Wege des Austausches nach Deutschland zurückkam, habe er seine Ansprüche an das Reich nicht gleich geltend gemacht. Er habe erst vor einem Jahre seinen Antrag auf Entschädigung einem Herrn vorgelegt, der Beziehungen zu Behörden und auch zum Reichspräsidenten v. Hindenburg zu haben behauptete. Dieser wollte ihm seinen Anspruch auf 200 000 M. durchsetzen und verlangte dafür 10 000 M. Provision. Sie hätten zusammen ein Gesuch an den Reichspräsidenten aufgesetzt und wenige Tage später habe ihm der Bekannte die Antwort der Kanzlei gebracht, die er angeblich in gutem Glauben dem Oberregierungsrat Tecklenburg im Reichsentschädigungsamt vorgelegt habe.

Der Prozeß mußte vertagt werden, da der Geh. Oberregierungsrat Tecklenburg vom Reichsentschädigungsamt, der die Anzeige erstattet hatte, nicht erschienen war.

Das Attentat im Arbeitsamt.

Terrorisierung der Wohlfahrtsbeamten.

Wie im „Vorwärts" gemeldet, ist es am Montag vormittag in einer Zweigstelle des Wohlfahrtsamtes Lichtenberg zu schweren Ausschreitungen gekommen, wobei der Aufseher Schachtmeier schwer verletzt wurde. Die Ermittlungen nach dem geflüchteten Täter stehen vor dem Abschluß, in allernächster Zeit wird seine Verhaftung erfolgen.

Uebrigens stehen derartige Angriffe auf Angestellte des Lichtenberger Wohlfahrtsamtes nicht vereinzelt da. Wenn sie in einer derart rohen Form bisher noch nicht erfolgt sind, so wurden doch schon Krawalle inszeniert, bei denen die Fenster eingeschlagen und Beamte niedergeschlagen wurden. Jedesmal nach einer kommunistischen Erwerbslosenversammlung steigt die Aktivität einer bestimmten Clique Jugendlicher, die es auf die offene Terrorisierung der übrigen Erwerbslosen abgesehen hat. So wurde wiederholt versucht, in den Räumen dieser Zweigstelle des Wohlfahrtsamtes in der Schreiberhauer Straße während der Abfertigungszeit Versammlungen abzuhalten. Wenn die Aufseher diese Ansammlungen und Ansprachen verhindern wollten, wurden sie von den teilweise auch heute noch in der Kleidung des verbotenen RFB. erscheinenden Jugendlichen bedroht und nach Geschäftsschluß vor dem Amt aufgelauert. Daß diesen linksradikalen Rowdys dermaßen der Kamm schwoll, ist auf das Fehlen der Polizei zurückzuführen. Als in den Räumen, wo es am Montag zu dem bekannten Ueberfall kam, noch das gesamte Arbeitsamt Ost untergebracht war, war ständiger Polizeischutz vorhanden. Bei den ständig steigenden Erwerbslosenziffern erwiesen sich die Räume für den Arbeitsamtsbetrieb als zu klein, das Arbeitsamt Ost zog in die Boxhagener Straße, und in der Schreiberhauer Straße blieb lediglich die Abfertigung der Erwerbslosenhilfe der Stadt Berlin beziehenden Arbeitslosen. Mit dem Wegzug des Arbeitsamtes wurde die ständige Polizeiwache ebenfalls nach der Boxhagener Straße verlegt. Erst seit Montag hat auch die Zweigstelle Schreiberhauer Straße wieder eine Polizeiwache. Für die letzten Wochen vor der Wahl ist eine weitere Verstärkung des Polizeischutzes vorgesehen.

Bei diesen Wohlfahrtserwerbslosen handelt es sich um ausgesteuerte Arbeiter und Arbeiterinnen, die durchweg schon über ein Jahr erwerbslos sind, eine ganze Reihe sogar schon mehrere Jahre. Trotz ihrer drückenden Not halten sie sich von allen Ausschreitungen fern. Lediglich eine Gruppe verhetzter Jugendlicher versucht die übrigen älteren Erwerbslosen zu terrorisieren und sie vor den bankrotten Wagen der Kommunisten zu spannen.

Bluttat eines Gemeindesekretärs.

Er schießt Vorsteher und Schöffen nieder und tötet sich selbst

Magdeburg, 20. August.

Der Gemeindesekretär Kossek in Hundisburg bei Magdeburg, dem Unterschlagungen in Höhe von 340 Mark vorgeworfen wurden, erschoß den Gemeindevorsteher Jung und verletzte den Schöffen Gadau lebensgefährlich. Dann tötete sich der Mörder durch einen Herzschuß. Die eigentlichen Motive der Bluttat sind noch in Dunkel gehüllt.

Die Unredlichkeiten, die dem Gemeindesekretär vorgeworfen worden waren, führten zu einer Besprechung in der Gemeindekasse. Kossek, der auch zugegen war, zog plötzlich einen Revolver und gab einen Schuß ab, der den Gemeindevorsteher Jung sofort tötete. Der Schöffe Gadau flüchtete durch das Fenster und brach, schwer verletzt von den nachfolgenden Schüssen Kossecks, zusammen. Der Mörder tötete sich darauf selbst durch einen Herzschuß.

Die Gemeinde Hundisburg steht vor einem Rätsel, da zwei der Beteiligten tot sind und der dritte, der Gemeindeschöffe Gadau, zur Zeit noch nicht vernehmungsfähig ist.

Gegen den Abbau der Sozialpolitik!

Am Mittwochabend veranstaltete der Kreis Reinickendorf der Sozialdemokratischen Partei eine große wohlgelungene Wahldemonstration. Der Aufmarsch begann in Wittenau und ging über Waidmannslust nach Hermsdorf. Weder die Länge des Anmarsches noch die Unbilden des Wetters hielten die Genossen zurück, und von den Einwohnern wurde die Demonstration und besonders die Jugendlichen in ihren blauen Wanderkitteln herzlich begrüßt.

Zum Abschluß fand in Hermsdorf eine große Saalkundgebung statt, in der die Landtagsabgeordnete Gertrud Hanna sprach. Sie behandelte die Bedeutung der Wahlen am 14. September unter Berücksichtigung der Aufrechterhaltung der Sozialpolitik, die dem Profitstreben des Unternehmertums zum Opfer fallen soll. Vor allem die wahlberechtigten Frauen müssen erkennen, daß es um ihre eigenen Interessen geht. Am 14. September bedeutet Sieg der Sozialdemokratie Sieg des Selbstbestimmungsrechtes der Arbeiter und die Rettung aller sozialen Errungenschaften der Deutschen Republik, deren Todfeind das reaktionäre Bürgertum ist.

Die Ausführungen der Referentin fanden die stürmische Zustimmung der Anwesenden.

Von Rowdys niedergeschlagen.

In diesen Tagen wurde der 16jährige Schüler T., Berlin-Grunewald, bewußtlos in das Krankenhaus Lichterfelde eingeliefert. Der Schüler wurde am Hindenburg-Park in Steglitz von einer fahrenden Gruppe — ob es Nazis oder Kommunisten waren, kann er nicht angeben — nach der Zeit gefragt. Auf seine Antwort, daß er keine Uhr bei sich trage, schlug man ihn über den Kopf und warf ihn aufs Auto, wo er bewußtlos liegen blieb. In Steglitz setzte man ihn dann auf die Straße, wo er von Passanten gefunden wurde. Ein hinzugerufener Schupobeamter sorgte für seine Ueberführung in das Krankenhaus. T. gehört, wie wir erfahren, keiner politischen Organisation an.

*

Im Laufe des gestrigen Nachmittags kam es in der Michaelkirchstraße sowie in der Friedrichstraße wieder zu Schlägereien zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Am Pariser Platz wurden 20 Nationalsozialisten wegen Bannkreisüberschreitung zwangsgestellt. An der Münzstraße Ecke Dragonerstraße mußte eine Ansammlung kommunistischer Demonstranten von der Polizei aufgelöst werden. Dabei wurde eine Person festgenommen. Auch in den Abendstunden gerieten rechts- und linksradikale Gegner noch mehrmals aneinander.

Tobsuchtsanfall vor der Gerichtsverhandlung.

Der rumänische Offizier Andreas Bien v. Puszatakovaczi, der sich gestern vor dem Schöffengericht Charlottenburg wegen der Veruntreuung einer ihm anvertrauten Erbschaft verantworten sollte, erlitt, als er zur Verhandlung aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt werden sollte, einen Schreikrampf und einen Tobsuchtsanfall, der die Durchführung der Verhandlung unmöglich machte. Der Gefängnisarzt teilte dem Gericht mit, daß der Angeklagte infolge einer heftigen Haftpsychose unter so schweren seelischen Depressionen leide, daß er sich trotz bestem Willen nicht genügend zusammennehmen könne. Auf Grund dieser Begutachtung vertagte das Gericht den Prozeß, der ungefähr 14 Tage später stattfinden wird, falls sich bis dahin der Gesundheitszustand des Angeklagten gebessert hat.

Neues Männerheim in der Ackerstraße.

Die Heilsarmee eröffnete im Beisein von Vertretern der Staats- und Kommunalbehörden ihr viertes Männerheim in Berlin, Ackerstraße 128—129. Sie ist diesmal in den Wedding gezogen. Ein ehemaliges Fabrikgebäude (in unmittelbarer Nähe der Meyerschen Höfe) bietet nach vollendetem Umbau Schlafgelegenheit für 420 Männer. In 18 verschieden gestrichenen Räumen sind die Betten aufgestellt. Und der Speiseraum wird auch tagsüber offen gehalten, so daß die Besucher nicht vor verschlossenen Türen warten müssen, wie zum Beispiel im Heim in der Büschingstraße. Die Bade- und Duschgelegenheiten halten neuzeitlichen Anforderungen der Hygiene stand. Neu sind die Wasch- und Trockenanlagen für die Kleidungsstücke der Besucher, die ihre meist eine und einzige Garnitur so schnell instand setzen können. Und dies alles für 60 Pfennig pro Nacht und oft noch billiger. Die einzige Auswahl, die die Heilsarmee bei der Aufnahme ihrer Besucher trifft, ist die Bedingung: frei von Ungeziefer. Unbarmherzig hell kontrolliert eine vielhundertkerzige Glühbirne die Häupter der Besucher des Heims, und kein noch so kleines Insekt entgeht ihr.

Es war notwendig, daß in diesem Bezirk Berlins, wo zur Zeit ein Drittel der Bevölkerung auf Unterstützung angewiesen ist, ein neues Asyl entstand, betätigte auch Bürgermeister Genosse Leid. Bedauerlich ist aber, daß die schlechte Finanzlage der Stadt die Initiative zu derartigen Gründungen der privaten Wohlfahrt überlassen mußte.

750 Jahre Kloster Lehnin.

Das den Berliner Ausflüglern wohlbekannte Kloster Lehnin bei Werder wird vom 6. bis 8. September die Feier seines 750jährigen Bestehens begehen. Ursprünglich sollte diese Feier erst eine Woche später stattfinden; mit Rücksicht auf die Reichstagswahlen wurde sie jedoch auf den früheren Termin gelegt. Die Feier beginnt am 6. September mit der Aufführung eines Festspiels „Aus Lehnins alten Tagen" und mit einem Fackelzug nebst Feuerwerk. Am Festsonntage wird ein Festzug die Geschichte des Ortes und des Klosters in acht Bildern wiederaufleben lassen. Das Königshaus des Klosters ist zu einem Heimatmuseum ausgestaltet worden.

„Plaza". Wirbelwindsensation auf Rollschuhen bezeichnet das Programmheft die Darbietungen der „Fine Reina Roller Girls" und sagt damit nicht zuviel. Alle Anerkennung dieser äußerst beweglichen und durchtrainierten Damentruppe, die auf kleinem Parkett tolle Leistungen vollbringt. Dann interessieren die Kraftsportspiele des Maciste-Trios, die von Maciste selbst würdig vertreten werden. Willie Dietrich produziert sich als vielseitiger Musiker, der auch einer Zigarrenkiste nicht unedle Töne zu entlocken weiß. Bleiben im ersten Teil noch The O'Connor in einem Drahtseilakt und J. Palmo als Jongleur, die beide die Gunst des Publikums zu erringen wissen. Der zweite Teil ist ausschließlich „Kassners Zauberschau" vorbehalten. Kassner bringt u. a. einige neue Illusionen und läßt als Glanzstück seiner Nummer einen lebenden Elefanten von der Bühne verschwinden. Aber muß man Illusionsstücken dieser Art einen so großen Raum im Programm zur Verfügung stellen?

Das Unglück auf der Heidekrautbahn

Verschleppung der Untersuchung.

Wie erinnerlich, hatte sich zu Pfingsten im Bahnhof Basdorf, dem Gabelpunkt der Niederbarnimer Eisenbahn, ein Unfall abgespielt, der durch eine falsche Betätigung der Weiche entstanden war, und bei dem 14 Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden waren. Der Dienstleiter Otto, der den Unfall verschuldet hatte, war von der Direktion der Niederbarnimer Eisenbahn sofort seines Postens enthoben worden. Unmittelbar nach dem Eisenbahnunfall hatten die zuständigen Amtsbehörden und auch die Gendarmerie die Feststellungen erhoben, um wenigstens vorläufig erwitteln zu können, ob dem Bahnbeamten allein die Schuld treffe oder ob eine Verkettung unglückseliger Umstände vorläge.

Dabei wurde damals ermittelt, daß die technischen Anlagen auf dem Bahnhof Basdorf vollständig veraltet sind, daß das Gebäude, in dem die Weichenanlage untergebracht ist, an einem sehr ungünstigen Platz steht, von dem aus man die Strecke nicht genügend übersehen kann, und daß die einzelnen Beamten noch andere Nebenbeschäftigungen hatten, so daß sie nicht mit der genügenden Sorgfalt arbeiten konnten usw. Der Amtsvorsteher von Wandlitz hatte seinerzeit, einen Tag nach dem Eisenbahnunglück, der Staatsanwaltschaft in Berlin einen ausführlichen Bericht übersandt, während die Unfallstelle durch Beamte der Gendarmerie photographiert worden war. Eine Untersuchung wegen des Eisenbahnunglücks wurde jedoch von der Staatsanwaltschaft nicht eingeleitet, und erst sechs bis sieben Wochen später wandte sich die Untersuchungsbehörde erneut an den Wandlitzer Amtsvorsteher mit der Frage, warum denn bei ihr noch keine Vernehmungsprotokolle usw. eingegangen seien. Der Amtsvorsteher teilte daraufhin der Staatsanwaltschaft mit, daß die Vernehmung des suspendierten Bahnbeamten und anderer Personen nicht zu seinen Befugnissen gehöre, sondern daß diese Untersuchungen durch die Eisenbahnpolizei hätten vorgenommen werden müssen. **Die Eisenbahnpolizei war aber in diesem Fall niemand anders als die Direktion der Niederbarnimer Eisenbahn selbst,** die es merkwürdigerweise unterlassen hatte, der Staatsanwaltschaft sofort die Protokolle aller von ihr vernommenen Beamten und die Berichte ihrer Ingenieure einzureichen. Erst daraufhin ist die Direktion der genannten Eisenbahngesellschaft von der Staatsanwaltschaft aufgefordert worden, ihn schleunigst alle benötigten Unterlagen zu übersenden, damit man in Moabit die Schuldfrage prüfen könne.

Vielleicht wird auch bei dieser Gelegenheit die Untersuchungsbehörde festzustellen suchen, aus welchem Grunde die Direktion der Niederbarnimer Eisenbahn nicht von selbst alles getan hat, um den Gang der Untersuchung zu beschleunigen oder ob man dort der Ansicht gewesen ist, daß der Unfall auf dieser in jeder Beziehung rückständigen Eisenbahnlinie in Vergessenheit geraten könnte.

Gegen üblen Mundgeruch, nach längerer Mundruhe und nach dem Rauchen benutze man zum Desodorieren und Aromatisieren des Atems eine Spülung mit dem herrlich erfrischenden Chlorodont-Mundwasser. Flasche 1.— M.

Ungetreue Erben?

Unterschlagungen beim Amtsgericht Charlottenburg.

Beim Amtsgericht Charlottenburg ist die Justizverwaltung dieser Tage durch eine eingehende Revision auf größere Unstimmigkeiten gestoßen. Man glaubt, daß die Höhe der veruntreuten Summe etwa 30 000 Mark beträgt.

Das Verschulden an diesem Fehlbetrag trifft nach der Auffassung der Staatsanwaltschaft die Angehörigen des am 25. Juni verstorbenen gerichtlichen Zwangsverwalters G. Pfannenberg, der seit etwa 20 Jahren am Amtsgericht Charlottenburg tätig war. Pfannenberg, der sich eines besonders guten Rufes erfreute, erkrankte Mitte April dieses Jahres. Zwei Wochen zuvor waren die Bücher, wie es gewöhnlich in gewissen Zeitabständen geschieht, von einem gerichtlich vereidigten Bücherrevisor geprüft und in Ordnung befunden worden. Pfannenberg war ziemlich zwei Monate bettlägerig, er litt an einem bösartigen Furunkel und durch eine hinzutretende Blutvergiftung starb er ganz plötzlich. Während der ganzen Krankheit waren die Bücher von seinem Sohn und seiner Tochter weitergeführt worden. Bei der nach dem Tode Pfannenbergs von demselben Bücherrevisor vorgenommenen Prüfung stellte sich überraschenderweise ein **Fehlbetrag von zunächst 34 000 M.** heraus. Diese Summe hat sich inzwischen jedoch um einige tausend Mark verringert. Es hat sich nämlich herausgestellt, daß von den Kindern Pfannenbergs auf der Eingangsseite Summen verbucht sind, die gar nicht eingegangen sein können. In diesen Fällen handelt es sich demnach um irrtümlich erfolgte Eingangsbuchungen. Trotzdem glaubt die Justizverwaltung, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind und daß von den Angehörigen des Zwangsverwalters Manipulationen vorgenommen worden sind. Deshalb ist ein **Arrest auf das Vermögen der Erben** erlassen worden, außerdem sind die Konten bei der Sparkasse und Stadtbank beschlagnahmt worden, so daß die Justizverwaltung, wenn tatsächlich Unterschlagungen in der Höhe stattgefunden haben, voll gedeckt ist.

Von der Staatsanwaltschaft III ist ein Strafverfahren gegen die Angehörigen eingeleitet worden, auf Grund dessen sich auch herausstellen wird, ob bei einzelnen Banken tatsächlich bisher unbekannte Konten bestehen.

Der Leiermann.

Seit 32 Jahren zieht der 67jährige Drehorgelspieler S. aus der Wrangelstraße 70 mit seinem Leierkasten von Haus zu Haus; tagaus tagein, bei glühendster Sonnenhitze, im strömenden Regen und bitterkaltem Frost. 32 Jahre lang zieht er die Straße lang, spielt er den Menschen die neuesten Schlager vor, kratzt er für sich und die Seinen mühselig ein paar Groschen zusammen. Andere Arbeit kann er nicht mehr leisten, seit ihm die grausame Maschine den rechten Arm mit Stumpf und Stiel vom Körper trennte. So ward auch ihm das Los der Invaliden zuteil, der Leierkasten; und unermüdlich, gewissenhaft, wie er früher an der Maschine stand, schob er jetzt seinen Musikwagen von Hof zu Hof. Jeder mochte ihn gut leiden, den freundlichen alten Mann, der seine Liedlein mit leisem Gesang untermalte und tapfer, stets frohgelaunt, sein Stücklein Brot verdiente. Als er am gestrigen Tag in der Stralauer Gegend aufspielte, lockte ihn ein etwa 20jähriger Rowdy unter irgendeinem Vorwand in das Haus Stralauer Allee 7a, packte ihn, drückte ihn an die Mauer und beraubte ihn seiner Barschaft von etwa zehn Mark. Ehe der zu Tode erschrockene Alte um Hilfe rufen konnte, war der Täter längst über alle Berge. „Und gerade heute wollte er seinem kleinen Urenkel ein kleines Geburtstagsgeschenk kaufen," erzählt Mutter S., seine 72jährige Frau, „und auch sonst warten wir mit Schmerzen auf die paar Groschen, die er nach Hause bringt, denn mit dem bißchen Unfall- und Sozialrente reicht es nicht her und nicht hin. Nun muß er jetzt, bei dem strömenden Regen wieder raus und er wäre so gerne zu Hause geblieben, der Schreck sitzt ihm noch in allen Gliedern und sein krankes Herz macht ihm allerhand zu schaffen. Aber der Ausfall an Geld läßt ihm keine Ruhe. Hoffentlich passiert ihm nicht wieder so was Schreckliches!" Wie verroht aber muß jener Bursche sein, der einen alten armen Invaliden überfällt, um ihm seine schwerverdienten letzten Groschen zu rauben!

Freie Fahrt zur Funk- und Phonoschau am Kaiserdamm! Um breiten Massen Gelegenheit zum Besuch der Funk- und Phonoschau Berlin 1930 und ihrer zahlreichen Sonderveranstaltungen zu geben, will die Ausstellungsleitung allen denjenigen Ausstellungsbesuchern freie Fahrt zur Ausstellung gewähren, die Eintrittskarten an den Schaltern der Hoch- und Untergrundbahn, der Stadt- und Ringbahn und der ersten Zone der Vorortbahn, bei den Schaffnern der Autobuslinie A 7 und der Straßenbahnlinien 53, 58, 72, 75 und 93 vom Tage der Eröffnung an erwerben. Am Eröffnungstag, Freitag, 22. August, ist die Ausstellung für den allgemeinen Besuch von 9,30 Uhr vormittags an offen.

Sport.

Rennen zu Karlshorst am Mittwoch, dem 20. August.

1. Rennen. 1. Mima (Gimpl), 2. Teutabod, 3. Madonna d'Arezzo. Toto: 20:10. Drei liefen.

2. Rennen. 1. Haublon (v. Moreau), 2. Kern, 3. Holdrio. Toto: 27:10. Platz: 21, 37, 40:10. Ferner liefen: Halga, Ancilla, Welf (ausgbr.), Ozema, Heideland, Mansbach, Instruktor, Satan III, Ernani.

3. Rennen. 1. Fleih (v. Berchem), 2. Starotte, 3. Moselaner. Toto: 37:10. Platz: 18, 32:10. Ferner liefen: Richtlinie, Most, Otavi.

4. Rennen. 1. Tell (Oertel), 2. Frauengunst, 3. Marburg. Toto: 61:10. Platz: 16, 17, 17:10. Ferner liefen: Hekla, Letzter Versuch, Rallsbona, Melone (gef.).

5. Rennen. 1. Tornado (v. Imhof), 2. Borgia, 3. Cheri. Toto: 20:10. Platz: 21, 36:10. Ferner liefen: Gerwin, Don II (ausgbr.), Bigor.

6. Rennen. 1. Nicomedia (Dsw. Müller), 2. Flotte Fahrt, 3. Grasgräfin. Toto: 686:10. Platz: 86, 21, 17:10. Ferner liefen: Teutonia, Sorania, Märchenland, Fasanenhenne, Flinkes Mädel, Prievlisa, Nordfriesland, Silvia.

7. Rennen. 1. Zarenkind (Kränzlein), 2. Carlchen, 3. Simplars. Toto: 225:10. Platz: 43, 14, 14:10. Ferner liefen: Tiefenfurt, Oldwig, Partagas, Hanau, Ballette, Gafrile, Capellus.

Oeffentliche Wählerkundgebungen

Heute, Donnerstag, 21. August:

Mariendorf. Jungwählerversammlung um 20 Uhr im Lokal Mali, Chausseestr. 305.

Niederschönhausen. 19½ Uhr im Schloß Schönhausen, Lindenstraße 11. Redner: Albert Falkenberg. Unter Mitwirkung des Gesangvereins „Zukunft" und der Sprechgemeinschaft Niederschönhausen.

Morgen, Freitag, den 22. August:

Köpenick. 19½ Uhr im Stadttheater, Friedrichstraße 6. Redner: Dr. Julius Moses.

Steglitz. 20 Uhr im Gymnasium, Heesestraße. Referent: Paul Robinson, Stadtverordneter.

Männer und Frauen erscheint in Massen!

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten.

Für den Wahlfonds der SPD. in Berlin wurden von der Belegschaft der Berliner Töpferhütte G. m. b. H. 92 Mark, von der Paris-Reisegruppe 4b 32,12 Mark gesammelt und abgeliefert. Allen Spendern hierdurch besten Dank. J. A.: Alex Pagels.

★

5. Kreis Friedrichshain. Ein Kneifer ist in der Kreisvertreterkonferenz am 8. August in den Andreasfestsälen gefunden worden. Abzuholen Lindenstraße 3 im Betriebssekretariat.

Morgen, Freitag, 22. August.

5. Abt. 19½ Uhr bei Lehmann, Bartelstr. 7, Funktionärsitzung.

9. Abt. Sitzung der Zeitungskommissionsmitglieder und der Ordner um 19½ Uhr bei Husenbach, Perleberger Str. 64.

38. Abt. 20½ Uhr Funktionärsitzung bei Bartusch, Friedenstr. 86. Achtung! Um 19½ Uhr pünktlich Vorstandssitzung hortselbst.

85. Abt. Tempelhof. Die Genossinnen und Genossen aus den Bezirken 1 bis 7 (für Neu-Tempelhof ist besondere Regelung getroffen worden), die bereit sind, die Wählerlisten abzuschreiben, treffen sich um 19½ Uhr im Lokal Dommerzening, Berliner Str. 100. Anschließend findet unsere Vorstandssitzung statt.

96. Abt. Neukölln. 19½ Uhr bei Roack, Juliusstr. 25, Funktionärsitzung. Jeder Bezirk muß unbedingt vertreten sein.

134. Abt. Mahlsdorf. 20 Uhr bei Andersen, Bahnhofstr. 37, Funktionärsitzung.

Sonnabend, 23. August.

120. Abt. Friedrichsfelde. Die Teilnehmer am Wahlumzug treffen sich bei Schwarz, Caprivialleee 104. Abmarsch 17½ Uhr. Nachzügler direkt Holteistraße (Jugendbühne).

Sozialistische Studentenschaft, Ortsgruppe Berlin.

Heute, Donnerstag, 21. August, 20 Uhr, im Bund, Albrechtstr. 11, geselliges Beisammensein.

Jungsozialisten.

Gruppe Friedrichshain. 20 Uhr im Jugendheim Frankfurter Allee 307, Hermann-Löns-Zimmer, politische Zeitungsschau.

Gruppe Mitte. Heute, Donnerstag, 21. August, 20 Uhr, im Jugendheim Zehdenicker Str. 24—25, Thema: „Was bedeutet uns Palästina?" Referent: K. Stechert.

Gruppe Tempelhof-Mariendorf. Heute, 20 Uhr, Jungwählerversammlung im Ma-Li. Wir treffen uns um 19½ Uhr.

Prenzlauer Berg. Heute, 20 Uhr, Danziger Str. 23, weltliche Schule, politisch-satirischer Abend. Gäste gern gesehen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Kreis Neukölln. Helferkreis. Am kommenden Sonnabend und Sonntag ist Helferfahrt. Treffpunkt um 16½ Uhr Bahnhof Neukölln. Unkosten ungefähr 1,50 M. Alle Helfer werden erwartet. — **Gruppe Mitte.** Heute, Donnerstag, 20 Uhr, in der Schule Kopfstraße Elternversammlung.

Hohenschönhausen. Heute sind wir im Jugendheim Friedenwalder Straße von 17 bis 19 Uhr zusammen.

Kreis Köpenick. 23. und 24. August Propagandazeltlager in Bohnsdorf, Schulzendorfer Straße. Am Sonnabend um 17 Uhr Eintreffen der Gruppen am Bahnhof Grünau. Abmarsch, Zeltaufbau, Strohsäcke stopfen, Umzug usw. Wer wegen schlechten Wetters verhindert ist, wird am Sonntag früh erwartet. Sonntag: Wecken, Gymnastik, Propagandaumzug, Spiele, Nachmittags Festgestaltung. Gäste aus anderen Gruppen willkommen. Gruppen, die ohne Zelt über Nacht bleiben wollen, müssen sich umgehend bei Bruno Aris, Bohnsdorf, Paradiesstr. 12, melden, damit Strohdiele besorgt werden kann. **Gruppe Friedrichshagen.** Treffen Sonnabend, 15 Uhr, Sonntag, 8 Uhr, Tunnel. Decken!

Zeltlager Schweiz, Dorf 7. Letzt Mitteilung unter Kreis Köpenick. Es fehlen immer noch rote KK.-Beiträge und die Bestellzahl. Bei der nächsten Zentralhelfersitzung treffen wir uns 30 Minuten früher. Platten und Abzüge mitbringen zur Zusammenstellung der Lichtbildserie, Zeltlagerberichte der Falken usw.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

17. Abt. Nach langem Leiden ist unser Genosse Otto Hensel, Triftstr. 52, verstorben. Einäscherung Freitag, 22. August, 20 Uhr, Krematorium Gerichtstraße. Rege Beteiligung wird erwartet.

48. Abt. Unser Genosse Franz Sage, Prinzenstr. 15, ist am 18. August verstorben. Ehre seinem Andenken. Einäscherung Freitag, 22. August, 17 Uhr, im Krematorium Baumschulenweg. Wir bitten um rege Beteiligung.

Funkwinkel.

In der aktuellen Abteilung überträgt die Funkstunde die Eröffnung des ersten europäischen Kongresses für Leibesübungen und damit die Rede des früheren preußischen Kultusministers Dr. Boelitz, der sein Staunen darüber äußert, daß das evangelische Christentum Frieden mit dem Sport geschlossen hat. Niemand kann einsehen, warum diese ölige, pastorale Rede übertragen wird. Poritzky, ein ausgezeichneter Essayist, liest ein paar Skizzen, die ohne weitere Bedeutung sind. Hier ist alles im Konventionellen verhaftet. Die Sprache erscheint unbiegsam und unlebendig. Poritzky, der gute Skizzen literarischer Persönlichkeiten schreibt, der auf diesem Gebiet über feines Fingerspitzengefühl verfügt, kann skizzenhafte Vorgänge nicht originell formen, und es ist nicht notwendig, daß er damit vor eine große Oeffentlichkeit tritt. Aus Salzburg von den Festspielen sendet man Glucks „Iphigenie in Aulis". Schon die Ouvertüre wird unter Walters Leitung zu einem großen Erlebnis. Die Wiener Philharmoniker spielen glänzend. Jede Figur ist bis ins kleinste geschliffen, und doch wird die große Linie gewahrt, der edle, heroische Ausdruck und auch die Grazie, die dieser Musik eigen ist. Ein gut gewähltes Ensemble schöner Stimmen unterstützt die Wirkung. F. Sch.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat, Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Arbeitsgemeinschaft Abraham: Heute, 19½ Uhr, Beginn der Arbeitsgemeinschaft: „Wirtschaftsgeschichte" in der Arbeiterbildungsschule, SW., Lindenstr. 3, II. Hof, 2 Treppen rechts. Anmeldungen werden dort noch entgegengenommen.

Heute, Donnerstag, 21. August, 19½ Uhr.

Arnimplatz: Besuch des MetallarbeiterKinos. Treffpunkt 19 Uhr SE. — **Arnswalder Platz** II: Heim Rastenburger Str. 16, „Unsere Arbeit in Betrieb und Schule." — **Falkplatz** I: Schule Sonnenburger Str. 20, Heimabend. — **Nordosten** II: Heim Danziger Str. 62, B, 3, „Was ist Wirtschaft?" — **Schönhauser Vorstadt:** Schule Sonnenburger Str. 20, „Reichsbanner und SAJ." — **Köpenicker Viertel:** Schule Wrangelstr. 126, „Denkmäler Berlins." — **Kottbusser Tor:** Heim Brixer Str. 27—30, „Freie und gelbe Gewerkschaften." — **Südwest:** Heim Lindenstr. 4, „Die Kirche als Machtfaktor der Reaktion." — **Schöneberg** III: Heim Hauptstr. 15, Tagespolitik. — **Zehlendorf-Dahlem:** Volksschule Dahlem, Lansstr. 2—5, „Gandhi und die englische Arbeiterpartei." — **Buchholz:** Schule Berliner Str. 19, „Warum verneinen wir die Kirche?" — **Pankow** III (R.-F.): 18 Uhr Spiel und Sport in der Schönholzer Heide. — **Lichtenberg-Nordwest:** Funktionärsitzung beim Genossen Fritz Müller, Normannenstr. 41a.

Werbebezirk Westen: Heim Charlottenburg, Posinenstr. 4. Werbebezirksmitgliederversammlung. Referat des Genossen Gustav Weber: „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus heißt das Ziel!"

Werbebezirk Schöneberg: Lastautofahrt am Sonnabend nach Rottbus zum Jugendtag. Unkosten 2,50 M. mit Uebernachten in Lübben. Treffpunkt pünktlich 15½ Uhr Eberemarkt, Schöneberg, und 19 Uhr „Neue Welt", Hasenheide. Es werden noch 30 bis 40 Teilnehmer ersucht. Fahnen, Transparente und Schlafsäcke mitbringen. Anmeldungen: Kurt Koch, Schöneberg, Cheruskerstraße 30.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Tambourkapelle. Ueben aller neuen Flöten und sämtlicher Trommeln. Sonnabend Spielen in Charlottenburg.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2. Tr.

Donnerstag, 21. August. Wilmersdorf. Um 20 Uhr Kameradschaftsversammlung bei Kulka, Lauenburger Straße. **Steglitz** (Ortsverein). Um 19½ Uhr im Restaurant Schulz, Birkbuschstr. 90, Sitzung des Vorstandes (Aufnahmegesuch). Anschließend um 20½ Uhr allgemeine Funktionärsitzung (Abrechnung der Verfassungsfeier, Bericht von der Gauvorstandssitzung, Wahlarbeit). Schriftliche Einladungen erfolgen nicht. — **Freitag, 22. August. Tiergarten** (Ortsverein). Um 20 Uhr Vollversammlung im Schultheiß-Patzenhofer, Turmstraße 25. Referat: „Reichsbanner und Staatspartei". Eintritt nur gegen Mitgliedsbuch. **Charlottenburg** (Ortsverein). Um 20 Uhr Mitgliederversammlung im Ebenpalast. Tagesordnung: Wahlarbeit und Verfassungsfeier. **Steglitz** (Ortsverein). Um 20 Uhr Gymnasium Heerstraße Saalschutz bei der SPD.-Versammlung. Antreten daselbst um 19½ Uhr. **Lichtenberg.** Um 20 Uhr folgende Kameradschaftsversammlungen: Traveplatz bei Seipke, Kronprinzenstraße, Gustav Tempel bei Radegast, Normannenstr. 38, Rummelsburg bei Brunn, Dürschmidtstraße 40. Alle aktiven und passiven Mitglieder haben hier zu erscheinen. — **Sonnabend, 23. August. Kreuzberg.** Achtung, Lagerfahrt! Abfahrt pünktlich 17 Uhr Fontanepromenade. Werbe- und Agitationsmaterial mitbringen. **Tempelhof** (Ortsverein). Umzug mit Spielmannszug in Marienfelde. Treffpunkt 18½ Uhr Bismarckstraße (Eisenbahnbenutzung). Anschließend Kundgebung bei Petsch, Berliner Straße. — **Friedrichshain.** Jungbanner, Donnerstag, 21. August, 20 Uhr, Antreten in Zivil Warschauer Brücke. — **Wedding** (Ortsverein). Freitag, 22. August, 19 Uhr, außerordentliche Generalversammlung in der Hochschulbrauerei, Amrumer Str. 31, gelber Saal. — **Köpenick** (Ortsverein). Freitag, 22. August, 19 Uhr, Antreten Volksplatz, Müggelheimer Straße, zum Ummarsch. Anschließend 20 Uhr Versammlung der SPD. im Stadttheater. Redner: Moses. — **Reinickendorf-Ost** (Kameradschaft). Freitag, 22. August, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Riehne, Residenzstr. 9.

Arbeitsgemeinschaft für Forstschutz und Naturkunde E. V. 130. Arbo-Wanderung: Sonntag, den 24. August: Wanderung nach der Römerschanze bei Potsdam unter Führung von Herrn Dr. Hilzheimer. Treffpunkt vormittags 9 Uhr am Bahnhof Wannsee. Dampferfahrt nach Moorlake-Sakrow. Besichtigung des Schloßparkes in Sakrow. Mitglieder frei, Gäste 0,30 M.

Allgemeine Wetterlage.

Die Wetterlage über Mitteleuropa hat sich seit Dienstag wesentlich beruhigt. Es hat sich ein Hochdruckgebiet über Deutschland gebildet, das im größten Teile des Reiches Aufheiterung gebracht hat. Westlich von Irland liegt aber jetzt schon eine neue Sturmdepression, die sich nach Nordwesten ausdehnen dürfte. Sie wird aber vermutlich unser Wetter nicht so beeinflussen wie ihre Vorgängerinnen. Das eigentliche Schlechtwettergebiet, das bis zum Mittwoch abend bis zum westlichen Frankreich vorgedrungen war, dürfte am Donnerstag voraussichtlich nur die westliche Hälfte Deutschlands in Mitleidenschaft ziehen.

★

Wetteraussichten für Berlin: Zunächst trocken und ziemlich heiter bei rascher Erwärmung und südlichen Winden, später etwas Bewölkungszunahme. — **Für Deutschland:** Im Osten Wetterbesserung, in Mitteldeutschland meist heiter, im Westen zunehmende Eintrübung und später etwas Regen, am Tage allgemein warm.

MAGGI's Würze

hilft in der Küche sparen.

Schon wenige Tropfen geben schwachen Suppen, Soßen, Gemüsen und Salaten kräftigen Wohlgeschmack — Vorteilhaftester Bezug in großer Originalflasche zu R.M. 6.50.

Verlangen Sie ausdrücklich MAGGI's Würze

P. Romanoff: Ein seltsames Amt

Iwan Mitrochin, Schutzmann des 65. Bezirks, der unmittelbar nach der Geburtstagsfeier seiner Schwägerin seinen Posten bezog, stand nun an ein Haustor gelehnt und dachte: es gibt nichts Schlimmeres, als Bier und Schnaps zu trinken. Es wird einem ganz unheimlich zumute, und vor den Augen spukt's. Was ist aber zu befürchten? Straße ist halt Straße — und gegen Strolche habe ich einen Revolver.

Auf einmal erstarrte ihm das Blut in den Adern: auf ihn gingen zwei Ungeheuer auf vier Pfoten zu; sie bemühten sich offenbar, in der Mitte der Straße zu bleiben, wurden jedoch immer gegen den Gehsteig, wo der Schnee in Haufen lag, zugetrieben.

Die Ungeheuer kamen immer näher. Und der Gedanke durchzuckte ihn, daß es Bären seien, vielleicht aus dem Zoo ausgerissen. Er versteckte sich im Haustor und wartete. Die Bären kamen dicht ans Tor, und er hörte deutlich ihr Gespräch:

„Ja, heute haben wir genug gekostet", sagte einer der Bären.

Durch die menschliche Stimme ermutigt, näherte sich Mitrochin unentschlossen den beiden: „Bürger, bleibt stehen!" sagte er, indem er ihnen den Weg vertrat.

„Warum geht ihr nicht nach Vorschrift?"

„Wir versuchten es schon auf jede Art", sagte der eine, indem er auf allen vieren stehen blieb und den Kopf hob.

Er schob seine Schafmütze zurecht und sprach mit stammelnder Stimme:

„Zuerst gingen wir nach Vorschrift, haben uns aber dabei die Schnauzen zerschunden."

„Bin gezwungen, euch anzuhalten", sagte Mitrochin. „Wir nehmen ein Protokoll auf, und ihr werdet zum Volksrichter eingeladen."

„Uns kann das Gericht nichts machen", sagte der eine, immer noch auf allen vieren und wischte sich den Mund mit der Hand ab.

„Das Gericht verfügt über jeden", sagte Mitrochin, „die Republik strengt alle ihr Kräfte an, und ihr geht auf allen vieren herum."

„Du, Mensch", sagte der zweite, „wie sollen wir denn anders gehen? An unserer Stelle gingst du auch nicht besser."

„Wer seid ihr denn eigentlich?"

„Degoustateure", sagte der erste.

„Was?"

„Das, was du hörst. Du verstehst es so wie so nicht."

„Na, wenn ich es nicht verstehen kann, so kommt mit. Was seid ihr schon für Arbeiter, wenn ihr betrunken vom Dienste geht."

„Deshalb sind wir ja betrunken, weil wir vom Dienste kommen."

„Schweig, komm gib die Hand, ich helfe dir."

„Was? Soll ich vielleicht auf dreien gehen?"

„Auf zweien sollst du gehen, wie alle übrigen Bürger der Republik", sagte der Schutzmann.

„Alle übrigen schon, aber wir nicht."

„Pfui, Teufel", sagte der Schutzmann, „ich verstehe nichts mehr. Wie heißt ihr eigentlich, hast du gesagt?"

„Degoustateure."

Der Schutzmann strengte sich an, hörte zu, dann mit der Hand abwehrend, sagte er: „Also marsch, wir werden es schon aufklären."

Er ging voran und fühlte dabei, daß man Bier und Schnaps keinesfalls trinken sollte.

„Wie kann denn mit euch die Arbeit gehen, was seid ihr denn für staatsaufbauende Elemente", sprach er, indem er längs der Mauer voranging. „Wo habt ihr euch denn so angesoffen?"

„Wir haben Ueberstunden gemacht", sagten die Verhafteten.

Der Schutzmann blickte zurück, schaute sie an, sagte nichts, spuckte aus und ging weiter.

„Allerhand Besoffene habe ich in meinem Leben beanstandet, aber solche Teufel habe ich noch nie gesehen", sagte der Schutzmann für sich.

Als man auf das Polizeibüro kam, trat er zum Diensthabenden mit den Worten: „Habe Besoffene gebracht."

„Bringe sie her", sagte das Wachorgan, „wir werden es ihnen schon zeigen!"

Als die Verhafteten, ganz mit Schnee bedeckt, mit tief in die Augen gedrückten Mützen, hineintraten, fragte sie der Diensthabende, der am Tische saß und sie über seine eiserne Brille anblickte:

„Wer seid ihr?"

„Degoustateure", erwiderte der eine.

Der Schutzmann warf einen bedeutungsvollen Blick auf den Diensthabenden.

„Woher kommt ihr?"

„Vom Dienste."

„Von was für einem Dienste?"

„Vom Magazin."

„Also habt ihr euch im Amte angesoffen."

„Natürlich im Amte — wir hätten doch nicht mir nichts — dir nichts getrunken."

„Und warum seid ihr so spät gegangen?"

„Haben Ueberstunden gemacht."

„Und weshalb habt ihr euch angetrunken?" fragte der Diensthabende und schlug auf eine Schwabe, die den Tisch überqueren wollte.

„Deshalb haben wir uns angetrunken, weil wir Ueberstunden machten", antworteten die Verhafteten.

„Pfui", spuckte der Diensthabende, aus der Fassung gebracht, „ja worin besteht denn euer Dienst?"

„Worin?... Wir kosten die Weine, bestimmen die Weinsorten: die eine ist besser, die andere ist noch besser."

Der Schutzmann und der Diensthabende wechselten rasche Blicke.

„Der Teufel soll es holen! Das ist also ein Dienst?"

„Was hast du denn geglaubt — natürlich ist es ein Dienst."

„Hol's der Geier!"

„Na, und wie macht ihr die Kostprobe?"

„Es ist vorgeschrieben, den Mund auszuspülen und dann auszuspucken."

„Was soll das heißen, da macht man sich doch über einen Menschen lustig", sagte zur Seite spuckend der Schutzmann. „Den Mund ausspülen und dann ausspeien? Und ihr, spuckt ihr das tatsächlich aus?"

„Je nachdem ... Wenn du verschiedene Sorten kostest, hast du genug, auch ohne zu schlucken."

„Also seid ihr tagtäglich in diesem Zustande?" fragte der Diensthabende.

„Nein, nur wenn wir Ueberstunden machen."

„Keinen Tag möchte ich auslassen", sagte der Schutzmann vor sich hin und wischte sich den Mund ab.

„Setzt euch, warum steht ihr denn", sagte der Diensthabende.

„Ah, da schaut her, was es noch für Posten gibt. Also trinke, und kein Teufel kann dir dafür etwas antun. Das ist ein Dienst! Und von uns verlangt man jetzt, daß wir die Betrunkenen besonders verfolgen sollen; denn Trinksucht bringt der Republik kolossalen Schaden ... Ihr seid ja auf allen vieren gekrochen, also wir müßten euch verhaften, und dabei seid ihr dienstlich auf allen vieren gegangen."

„Und was geschieht, wenn man überhaupt nicht ausspuckt?" fragte der Schutzmann.

„Dann kommst du nicht einmal auf allen vieren nach Hause", sagten die Verhafteten.

„Nun denn, werdet ihr also bei uns übernachten, oder soll ich euch Begleitung geben?"

„Nein, wir werden schon selbst irgendwie heimkommen."

„Und morgen beginnt ihr schon in aller Frühe?"

„Jawohl, in aller Frühe."

„So ein Dienst! Was sagst du dazu?"

Als die Verhafteten, sich gegenseitig unterstützend, längs der Wand aus dem Kommissariat gingen, schauten ihnen der Diensthabende und der Schutzmann lange nach.

Dann rief der Diensthabende ihnen nach:

„Und gibt es bei euch gar keine offene Stelle?"

„Alles überfüllt."

Der Schutzmann kraute sich im Nacken, lief den Weggegangenen auf die Stiege nach und schrie fragend:

„Und im Akkord nehmt ihr auch niemand auf?..."

(Deutsch von S. Borisoff.)

Torao Hajassi: Essida

Der Aufsatz des jungen japanischen Studenten Torao Hajassi konnte in Japan in Anbetracht der scharfen Preßgesetze nicht veröffentlicht werden und erscheint somit erstmalig in deutscher Uebersetzung. Die Arbeit schildert das außerordentlich schwere Leben des japanischen Soldaten und den strengen militärischen Drill, wobei körperliche Züchtigungen an der Tagesordnung sind.

Am frühen Maimorgen, als man in unserem Dorf zur Reisernte ging, zog ich mir mein Nationalkostüm an und verließ das Haus. Der Weg führte mich zu einer kleinen Station. Dort waren schon viele junge Leute versammelt. Alle waren sie in festlichen Kleidern, in großen Strohhüten, und sorgfältig rasiert. Schweigend erwarteten wir den Zug. Sonderbar war dieses Schweigen, — an einem herrlichen, sonnigen Tage ... Der Zug kam. Wir betraten die Wagen und schon nach drei Stunden erreichten wir die Kreishauptstadt. Die Pflaumenbäume blühten.

Nach Sonnenuntergang trafen wir uns in einem großen Speisezimmer. Aber niemand aß. Ohne das Abendbrot berührt zu haben, verließen alle den Saal. Es war die letzte Hoffnung: so lange als möglich zu hungern, um schwach und krank auszusehen und bei der Untersuchung durchzufallen ... Ich aß mein Abendbrot auf und ging beschämt heraus, meinen guten Appetit verwünschend. Meine Kameraden aßen aber auch am nächsten Morgen nichts, und um 8 Uhr früh führte man uns dann zur Musterung. Ein hagerer, einarmiger Offizier, der wie ein hungriger Fuchs aussah und mit Orden und Waffen behängt war, hielt eine lange Rede. Dann mußten wir schreiben und rechnen und schließlich — uns nackend ausziehen. Wir wurden gewogen, gemessen, die Augenschärfe wurde geprüft, das Gehör und die Zähne eingehend untersucht ...

„Wie heißt dein Monarch?", fragte ein dicker Offizier einen jungen, schwächlichen Burschen, der vor mir stand. Dieser schwieg. — „Idiot, du kennst nicht den Namen unseres allmächtigen Herrschers?", schrie ihn der Offizier wütend an und schlug ihn mit der Faust zweimal kräftig in das Gesicht. Ich drehte mich um.

„Was hast du mit deinem Finger gemacht?" wandte er sich an Essida, der seitwärts vor mir stand und wie eine Maus vor der Katze zitterte. — „Ich schlug ihn mir versehentlich ab." — „Du lügst, du hast ihn dir absichtlich abgehackt." — Der Offizier begann ihn lange ins Gesicht zu schlagen. Mit einem Aufschrei fiel Essida zu Boden ... — „Bringt den Verbrecher hinaus, in die Zelle, wir werden ihn der Gendarmerie ausliefern", befahl der Offizier und schlug noch einmal Essida mit dem Stiefelabsatz, der blutüberströmt auf dem Boden lag. An den Beinen wurde er herausgeschleift ...

Aus den Gesprächen hörte ich nachher die traurige Geschichte des unglücklichen Essida. Ihrer waren Drei. Er, die Mutter und der Bruder. Sein Bruder wurde vor vier Jahren zum Dienst geholt. Infolge des grausamen Regimes in der Kaserne und der schlechten Verpflegung, bekam er die Schwindsucht. Zwei Jahre hütete er das Bett. Seine Krankheit verschlang die ganzen Ersparnisse der Familie. Nun ist er vor drei Monaten gestorben. Der unglückliche Essida hörte während der Krankheit seines Bruders viel über das Leben in den Kasernen. Um dem Militärdienst auszuweichen, suchte er lange nach einem Mittel, schließlich hackte er sich entschlossen den Zeigefinger der rechten Hand ab.

Auf die unglaublichsten Mittel verfallen die jungen Leute, aus Furcht vor dem Kasernendienst. Sie gehen in den Tempel, 50 Nächte nacheinander und opfern den Göttern ihr ganzes Geld. Sie tragen um den Hals ein schweres Brett, das sie — einem alten Glauben zufolge — vor Unglück bewahrt. Ich weiß, daß viele Burschen schon von ihrem 15. Jahre an Brillen tragen, um sich die Augen zu verderben ...

Nun war die Reihe an mir. Der dicke Offizier begann das Verhör. „Wieviel Steuern zahlt deine Familie? Bist du Student? Welcher Fakultät?" Auf seinen Achselklappen waren viele Streifen und Sternchen und dadurch erschienen seine Schultern ungewöhnlich breit. Er fragte mich aus wie einen Verbrecher und prüfte meine Papiere. „Was ist Demokratie?" Ich erklärte ihm den Sinn dieses Wortes. Er wurde sehr böse. „Und wie denkst du, diese Demokratie, ist sie gut oder schlecht?" — „Ich denke, daß sie gut ist", antwortete ich. — „Warum?" — „Weil sich die Staatsgewalt in den Händen des Volkes befindet." Er schlug mich einige Male in das Gesicht. Warm ergoß sich das Blut aus meiner Nase und tropfte auf den Boden. Ich trat einige Schritte zurück und verlor fast die Besinnung. „Sie haben kein Recht mich zu schlagen, das ist gesetzwidrig", rief ich aus. — „Revolutionär." Er schlug mich noch einmal.

Alle anwesenden Offiziere versammelten sich um ihren Vorgesetzten. Sie verhandelten leise miteinander und sahen mich an, voller Haß und Wut. In dem großen Saal trat lähmende Stille ein. Der Kommandeur sagte schließlich zu mir: „Man wird dich nach dem Essen noch einmal rufen", dann führten mich die Soldaten hinaus. Einige Stunden stand ich in meiner Zelle an die Wand gelehnt. Ich dachte daran, was man mit mir wohl machen würde. Werden sie mich der Gendarmerie ausliefern und sagen, daß ich ein „Revolutionär" bin? Oder werde ich in die Kaserne geschickt, wo mein Tod besiegelt sein wird? Vielleicht wird man sich bei der Universität beschweren und dann hätte ich keine Möglichkeit mehr, meine Studien fortzusetzen.

Am Abend rief der hagere, einarmige Offizier alle Neuangeworbenen in den großen Saal. Dann hielt er eine Rede und sagte etwa folgendes: „Die Resultate der heutigen Untersuchung waren sehr schlecht. Unter euch befinden sich sehr viele Simulanten. Söhne, die ihr Vaterland nicht lieben und sogar — Demokraten. Das ist eine Schande! Ihr habt eure Pflicht dem Vaterland gegenüber vergessen." Dann begann er über den Patriotismus zu reden und führte einige Beispiele aus dem russisch-japanischen Kriege an. „Ich sah, wie vor Mukden die Geschosse der japanischen Soldaten über die Köpfe der Feinde pfiffen. Unsere Soldaten benahmen sich wie Feiglinge. Sie hatten Angst aus den Schützengräben herauszusehen und schossen in den Himmel, statt auf die Feinde." Er redete noch sehr lange, von Zeit zu Zeit sich den Schweiß von der Stirn wischend.

„Verzeihung, Herr Kommandeur, es ist eben eine sehr unangenehme Sache geschehen", sagte der Unteroffizier, hastig in das Zimmer tretend. — „Nun, was ist denn geschehen?" unterbrach der einarmige Offizier seine Rede. — „Essida ist aus seiner Zelle ausgebrochen, hat das Fenster eingeschlagen", berichtete der Unteroffizier in militärischer Haltung. — „Rufen sie sofort telephonisch die Gendarmerie an." — „Es ist nicht nötig, glaube ich, denn — — er warf sich in den Fluß ..." — „Wie, in den Fluß?" Der Einarmige kam von der Tribüne herunter und ging schnell aus dem Zimmer. Auch wir verließen das Gebäude und gingen zum Fluß ...

„Seht, hier sind die Hetas (Holzschuhe), die Essida gehörten", rief jemand. Am Rande der Brücke sahen wir die neuen Holzschuhe, auf denen der Name „Essida" geschrieben stand. Ich vergaß mein eigenes Unglück und starrte geistesabwesend ins Wasser, das den armen Essida verschlungen hatte. Ich dachte daran, daß er diesen Sommer so traurig war und mit niemandem sprechen wollte ...

(Berechtigte Uebersetzung von H. Degenhausen.)

Prähistorische Liebesdenkmäler

Die Ausgrabungen, die in den letzten fünf Jahren in Tschechien, und zwar im ehemaligen Mähren, in der Nähe von Brünn, vorgenommen sind, haben der Wissenschaft neue, äußerst wertvolle Resultate geliefert. Der Leiter dieser Ausgrabungen, der Professor an der Prager Universität und Vorsteher des mährischen Regierungsmuseums in Brünn, Karl Absolon, gibt darüber sehr interessante Aufschlüsse. Man hat dort ein außerordentlich reiches Material an menschlichen und tierischen Ueberresten gefunden und ebenso an Steinwerkzeugen, die jene Urmenschen für die Bedürfnisse ihres Lebens brauchten. Besonders ausgiebig sind die Aufdeckungen in der Höhle von Pekarna und im Lager von Bestonice. Alles weist darauf hin, daß wir es hier mit der Urrasse zu tun haben, die man unter dem Namen Aurignac-Rasse (nach den bei Aurignac im französischen Departement Haute Garonne) gefundenen Urmenschen zusammenfaßt. Jene Menschen sind wohl von Asien über Rußland nach hier und dann weiter nach Westeuropa vorgerückt; sagen wir vor 100 000 Jahren. Diese Leute hier sind Mammutjäger in großem Stile gewesen. Dafür sprechen die kolossalen Mengen von gefundenen Mammutknochen, neben denen die Knochen der Löwen, Rhinozerosse, Renntiere, Pferde verschwinden. Eigentümlich ist, daß man noch sehr viele unversehrte Hauzähne gefunden hat, aber kaum einen unversehrten Schädel. Das Mammutgehirn war eine große Delikatesse jener Urbewohner, und daher zertrümmerten sie zuerst den Schädel.

Neben vielen Werkzeugen hat man dort auch eine Anzahl von Kunstgegenständen entdeckt, von kleineren Statuetten, geknetet aus Ton, vermischt mit dem feingestoßenen Knochenmehl des Mammuts. Diese kleinen Statuetten zeigen zum großen Teil Tiere, Bären, Renntiere, auch eine Eule, und dann Menschen, Männer und Frauen: alle sind nicht hoch, sondern wie unsere Kinder gewöhnt sind, ihre Figuren zu kneten, vier bis fünf Zoll. Darunter sind nun auch ein paar Venus-Figuren. Solche Venus-Figuren hat man auch anderswo schon gefunden, zum Beispiel in Frankreich (die Venus von Lespugne), bei Wien und auch sonst in Zentral- und Westeuropa, dann in Sibirien. Allen diesen Figuren ist gemeinsam die Eigentümlichkeit, daß sie kein ausgearbeitetes Gesicht haben — nur die in Sibirien hat ein solches —: die hier in Mähren zutage geförderte zeigt noch Schlitze über diesem Gesicht, die wohl auf eine Art Maske hindeuten sollen, die, ähnlich wie bei den Rittern das Visier, über dem Gesichte lag. Gut ausgearbeitet sind dagegen die Brüste, lang und hängend, und die Hüften.

Eine zweite Venus hat sich in der Pekarnahöhle gefunden, diese aus Elfenbein. Die ganze Auffassung ist dieselbe wie oben: Gesicht nicht ausgearbeitet, dagegen wieder Brüste und Hüften; Beine und Arme wieder vernachlässigt, aber hier die hinteren Extremitäten stark heraustretend.

Auch Frauenschmuckgegenstände sind mehrfach zutage gefördert, Halsbänder, in denen sich Fuchszähne, Wolfszähne, auch Löwenzähne aneinanderreihen, neben Muschelschalen. Ferner sind kleine, flache, runde Toilettenschalen in großen Mengen gefunden, mit rotem, weißem, gelbem Farbstoff darin. Und da sich hierzu noch in einem der Gehäuse ein über und über roter Stift gesellt, so wäre also schon vor über 100 000 Jahren der Lippenstift der Damen vorhanden gewesen. Das heißt aber doch über das Ziel hinausgeschossen. Dieser Stift hat freilich zum Bemalen gedient, aber nicht für die Lippen einer Schönen, sondern für den ganzen Körper, und zwar der Männer. Die Männer haben sich, wie man das noch heute bei wilden Stämmen sieht, bemalt in der Absicht, den wilden Tieren, auf die sie Jagd machen wollten, damit Schrecken und Furcht einzuflößen.

Dr. Ernst Kühn.

Die Sprache des Neandertalers

Vor der Jahresversammlung der Deutschen Gesellschaft für Säugetierkunde sprach der Leipziger Bibliothekar und Tiersprachenforscher Georg Schwidetzky über Rasse und Sprache bei Affen und Urmenschen. Er vertritt die Meinung, daß die Affen Erbsprachen besitzen, in denen es neben neutralen auch artbezeichnende (spezifische) Lautgrupen gebe, die ebenso zu bewerten seien wie artbezeichnende Knochen- oder Blutmerkmale. Von einem artbezeichnenden Merkmal könne man auf das andere schließen, also von den Knochenmerkmalen auf die spezifischen Lautgruppen. Da die Urmenschen den Tieren noch ganz nahe gestanden haben müßten, hätten sie ebenfalls Erbsprachen gehabt. Wenn man ihre Affenahnen kenne, könne man auch deren spezifische Lautgruppen annehmen, also in Bruchstücken die Sprache von den Knochen ablesen. Schwidetzky erläuterte seine Lehre am Ureuropäer, dem Neandertaler, den er für eine Kreuzung von Urmandrill und Urschimpanse hält, und gab eine kleine Auswahl von Wörtern aus lebenden und toten Sprachen, die nach alledem aus der Sprache der Neandertaler stammen müßten. Die Sprachvergleichung führt nach Schwidetzky ebenso wie die Blutgruppenforschung zur Annahme einer Mehrstämmigkeit des Menschheitsursprungs.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: R. H. Bölcher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.
Hierzu 2 Beilagen.

Krisenlast erdrückt Kommunen.

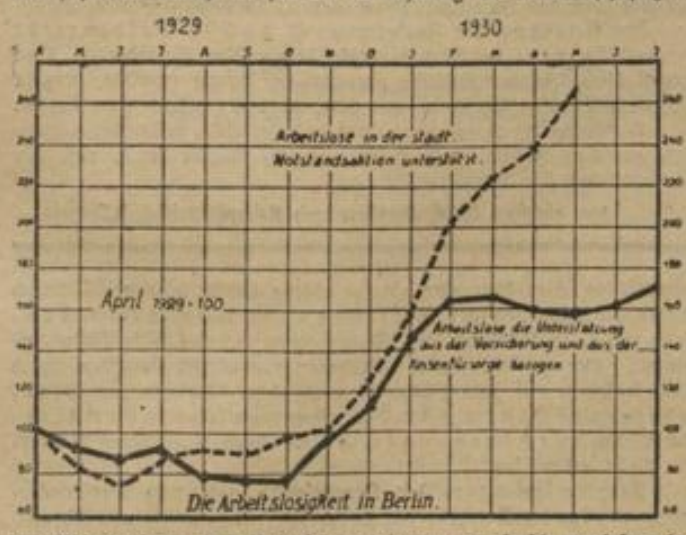
500 000 Wohlfahrtsunterstützte. – Defizitgefahr überall. – Der 14. September.

Die Frage, wie die Unterstützungsgelder für die Wohlfahrtserwerbslosen aufzubringen sind, wird immer dringender. Von der Lösung dieser Frage wird die finanzielle Selbständigkeit aller deutschen Gemeinden abhängen; denn wird die bestehende Lastenverteilung nicht schnell und radikal geändert, wird es am Ende des laufenden Haushaltsjahres kaum eine deutsche Gemeinde ohne Defizit geben.

Irrtümer des Gesetzgebers.

Wohlfahrtserwerbslose sind solche Arbeitslose, die keinen Anspruch auf Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung haben und daher von den Wohlfahrtsämtern der Gemeinden unterstützt werden müssen. Als im Jahre 1927 das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung zur Einführung gelangte, verloren die Gemeinden mit dem Uebergang der Arbeitslosenfürsorge auf die Reichsanstalt ein wichtiges Gebiet ihrer Tätigkeit. Für die Gemeinden versprach man sich eine wesentliche finanzielle Entlastung, da sie von allen Lasten nach dem Gesetz befreit wurden und nur ein Fünftel der Krisenfürsorge tragen sollten.

Aber es kam ganz anders: Der Arbeitsmarkt nahm eine Entwicklung, die über jede Erwartung schlecht war und jede Berechnung versicherungstechnischer Art über den Haufen warf. Als sich alle Annahmen für die Berechnung der Anwartschaftszeit,



der Beitragshöhe, der Unterstützungsdauer als falsch erwiesen, da suchte man — und sucht leider heute noch — durch Verschärfung aller Bestimmungen den Kreis der Unterstützungsbezieher zu beschränken und so den wünschenswerten Ausgleich zu schaffen. Wenn man auf diese Weise die Versicherung „sanieren" könnte, zur Ueberwindung der Not der Arbeitslosigkeit ist damit noch nichts geschehen. Immer mehr Arbeitslose, mögen sie die Anwartschaft nicht erfüllt haben, mögen sie ausgesteuert sein, fallen der Wohlfahrtspflege der Gemeinden zur Last. Die von der Bürgerblockregierung mit soviel Aufhebens veranstaltete „Sanierung" der Versicherung hat die Reichsanstalt und das Reich (Darlehnspflicht!) entlastet, aber die Kosten dieser Entlastung haben die Gemeinden zu tragen.

Die Gemeinden bezahlen die Irrtümer mit einer halben Milliarde.

Die Zahlen reden eine deutliche Sprache: Während sich die Wohlfahrtserwerbslosen in Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern in zwei Jahren, vom 30. Juni 1927 bis 30. Juni 1929, nur von 73 000 auf 109 000, also um 50 Proz. erhöhten, stieg ihre Zahl im folgenden Jahre um nahezu das Dreifache, nämlich auf 291 000 bis zum 30. Juni 1930. Die Gesamtzahl der Wohlfahrtserwerbslosen wird zur Zeit eine halbe Million überschritten haben.

Wenn auch die Belastung in den Großstädten besonders stark ist, so zeigen doch die Erhebungen des Reichsstädtebundes, daß alle Gemeinden Deutschlands betroffen sind; und die Zunahme ist in den letzten Monaten verhältnismäßig am stärksten in den kleinsten Gemeinden.

Am 31. Mai 1930 waren von 1000 Einwohnern

in Gemeinden mit	laufend unterstützte Wohlfahrtserwerbslose
1 000— 2 000 Einwohnern	3,1
2 000— 5 000 „	4,7
5 000— 10 000 „	6,8
10 000— 25 000 „	9,9
25 000— 50 000 „	11,1
50 000—100 000 „	11,8
über 100 000 „	14,9

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen, umgerechnet auf je 1000 der Einwohnerzahl, steigt also, je größer die Gemeinden sind. Während aber die Zunahme seit dem 31. Dezember 1929 in den übrigen Größenklassen ungefähr 40 Proz. betrug, erreichte sie in den Gemeinden der Klasse von 1000 bis 2000 Einwohner 80 Prozent.

Im Rechnungsjahr 1929 haben allein die Städte über 100 000 Einwohner Ausgaben für Wohlfahrtserwerbslose in Höhe von 156 Millionen Mark gehabt, was auf den Kopf der Bevölkerung 8,68 Mark ausmachte. Die Belastung wird im laufenden Jahr mit der gewaltig gestiegenen Zahl sehr viel höher sein; sie wird auf annähernd 500 Millionen Mark geschätzt und für den größeren Teil ist bisher keine Deckung vorhanden.

In Berlin ist es besonders schlimm.

(Vgl. das Schaubild.) Die Zahl der in der Notstandsaktion unterstützten Wohlfahrtserwerbslosen stieg von April 1929 (25 100) bis April 1930 (60 000) um 138 Proz., während sich in der gleichen Zeit die Zahl der von der Reichsanstalt Unterstützten nur um 59 Proz. (von 136 800 auf 217 500) erhöhte. Im Rechnungsjahre 1930/31 liegen die Verhältnisse noch viel ungünstiger. Während nämlich im Jahre 1929 in den Sommermonaten eine merkliche Entlastung eintrat, so daß die Aprilzahlen erst im November überschritten wurden, sind in diesem Jahre die Zahlen von Monat zu Monat gestiegen. In einem Berliner Bezirk sind in den drei Monaten April bis Juni bereits 46 Proz. der Etatssumme für die Notstandsaktion verausgabt worden, so daß die ganze Summe bereits nach Ablauf des Sommerhalbjahres aufgebraucht sein wird. Im Winter aber wird der Ansturm auf die Wohlfahrtsämter noch stärker sein.

Das Verhältnis der Zahl der von der Reichsanstalt Unterstützten zu der Zahl der von den Wohlfahrtsämtern unterstützten Arbeitslosen verschiebt sich immer mehr zu Lasten der Wohlfahrtsämter: Die Wohlfahrtserwerbslosen stiegen von Januar bis Juli von 51 161 auf 80 072 M. oder um 57 Proz., die Zahl der von der Reichsanstalt Unterstützten vom 15. Januar bis 15. Juli von 199 600 auf 232 600 oder um 16 Proz. Ein immer größerer Teil der Gesamtzahl der Arbeitslosen fällt also den Wohlfahrtsämtern zur Last: Im April 1929 wurden etwa 15 Proz., im Juli 1930 aber 25 Proz. aller Arbeitslosen von der Wohlfahrtspflege betreut.

Was nun die Lage der Gemeinden dem Problem der Wohlfahrtserwerbslosen gegenüber als besonders ernst erscheinen läßt, ist dies: Die Gemeinden werden aller Voraussicht nach einen großen Teil dieser Last auf Jahre hinaus nicht los, auch wenn eine konjunkturelle Besserung eintritt und der Geburtenrückgang in einer Verringerung der Zahl der Erwerbstätigen sich auswirkt, sie müssen nämlich die Kosten der strukturellen Arbeitslosigkeit fast allein tragen; denn haben die Arbeitslosen, die als Opfer der Rationalisierung auf Jahre hinaus bei noch so günstiger Konjunktur keine Arbeit finden können, ihren Anspruch auf Unterstützung bei der Reichsanstalt erschöpft, so fallen sie dauernd der Wohlfahrtspflege zur Last.

Stärkere Schultern sind nötig.

So läßt sich mit Sicherheit nur die traurige Feststellung machen, daß die Summen, die für die Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen für dieses Etatsjahr eingesetzt wurden, bereits nach Ablauf des ersten Halbjahres aufgebraucht sein werden. Aus eigener Kraft werden die Gemeinden nicht in der Lage sein, die fehlenden Summen aufzubringen, auch nicht mit der Erhöhung der Biersteuern oder mit der Einführung der Getränkesteuer. So könnte zum Beispiel Berlin aus der Erhöhung der Biersteuer bestenfalls die Mittel zur Unterstützung von 30 000 Wohlfahrtserwerbslosen für drei Monate erhalten. Die Einführung der Kopfsteuer zur Deckung dieser Lasten würde die unsozialste Anwendung dieser unsozialsten Steuer sein: Die Lasten der Massenarbeitslosigkeit würden damit auf die schwächsten Glieder abgewälzt.

Wenn auch manche Kreise der „Wirtschaft", wie sie in der Denkschrift des Deutschen Industrie- und Handelstages zu Worte kommen, die Not der Gemeinden offen begrüßen, weil diese dadurch zur „Sparsamkeit" gezwungen würden, so muß man doch der Forderung der Gemeinden nach Ausdehnung der Krisenfürsorge beitreten, wodurch sofort ein Teil der Erwerbslosen aus der Wohlfahrtspflege ausscheiden würde. Daneben müssen in großem Umfange Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden, da die Städte im Rahmen ihrer Arbeitsfürsorge kaum mehr als 10 Proz. der Wohlfahrtserwerbslosen beschäftigen können.

Am 14. September steht auch die sehr ernste Frage zur Entscheidung, ob die Kommunalfinanzen unter der Last der Wirtschaftskrise erdrückt werden sollen, was nur zu gut in die reaktionären Privatisierungsabsichten „der Wirtschaft" passen würde, oder ob durch Wiedergutmachung gesetzgeberischer Irrtümer von den Gemeinden schwerste Gefahren ferngehalten werden sollen.

Z—k.

Kartellwucher mit Gummireifen.

Neue Gelegenheit zum Eingreifen – wenn die Kartellaktion kein Wahltheater ist.

Die kürzlich verbreitete Nachricht, daß die deutschen Gummireifenfabriken eine 30prozentige Preissenkung beabsichtigen, hat sich als sommerliche Zeitungsente erwiesen. Dem „Verein deutscher Gummifabriken" ist nicht das mindeste von geplanten Preisherabsetzungen bekannt. Das Kartell hat also offenbar die Absicht, die Reifenpreise auf ihrem jetzigen hohen Niveau zu belassen, obwohl die Preise der Rohstoffe auf einen Bruchteil ihrer früheren Höhe gesunken sind. Ein englisches Pfund (= 454 Gramm) Rohkautschuk kostete nämlich frei Nordseehafen:

im Jahresdurchschnitt 1913	2,59 M.
im Jahresdurchschnitt 1925	2,19 „
im Monatsdurchschnitt Dezember 1928	0,58 „
am 30. Mai 1929	0,91 „
am 2. Januar 1930	0,68 „
am 30. Juni 1930	0,53 „
am 19. August 1930	0,40 „

Seit dem Jahre 1925 haben die Reifenpreise sich in Deutschland kaum verändert, der Rohgummipreis ist aber inzwischen auf ein Fünftel gesunken. Gewiß geschah das hauptsächlich infolge des Außerkrafttretens des Stevensonplanes am 1. November 1928. Aber seitdem ist der Rohgummipreis fast ununterbrochen weiter gesunken und die Fabriken haben die Gelegenheit zum billigen Einkauf weidlich ausgenutzt. Sie können sich keineswegs darauf berufen, daß ein neuer Plan zur Einschränkung der Rohgummigewinnung in Aussicht stehe. Die Verhandlungen über einen derartigen Plan schweben seit vielen Monaten und es ist heute noch sehr zweifelhaft, ob er jemals feste Gestalt gewinnen wird.

Die Preisdiktatur der Reifenfabriken ist um so schlimmer, da auch ihr zweitwichtigster Rohstoff, die Baumwolle, einen Rekordtiefstand erreicht hat. Ein englisches Pfund (= 454 Gramm) amerikanische Baumwolle kostete frei Liverpool:

im Jahresdurchschnitt 1913	0,58 M.
im Jahresdurchschnitt 1925	1,08 „
im Monatsdurchschnitt Dezember 1928	0,80 „
am 30. Mai 1929	0,86 „
am 2. Januar 1930	0,80 „
am 30. Juni 1930	0,61 „
am 19. August 1930	0,50 „

Der Baumwollpreis ist also auf weniger als die Hälfte des Standes vom Jahre 1925 gesunken, während die Reifenindustrie, die Baumwolle in den Cord-Geweben verarbeitet, das Niveau ihrer Verkaufspreise unverändert ließ.

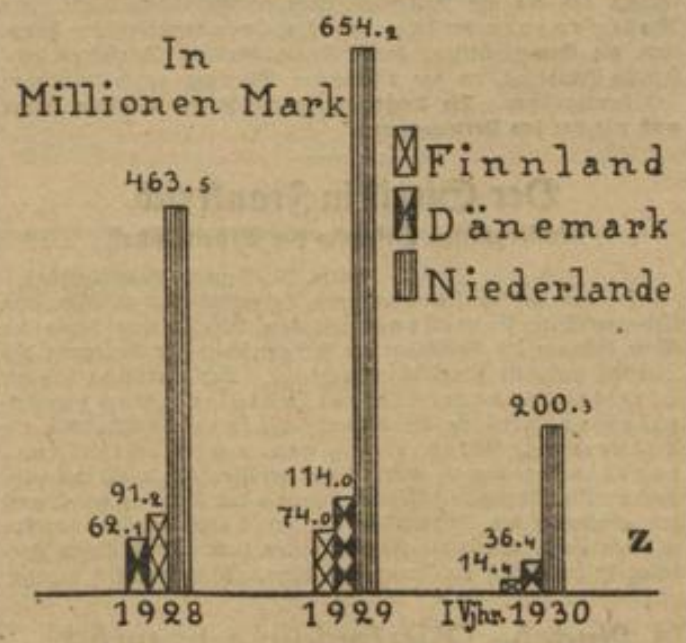
Neben dem Sinken der wichtigsten Rohstoffpreise trugen aber auch noch weitgehende Rationalisierungsmaßnahmen zur Verringerung der Gestehungskosten bei. Besonders der Continental-Trust hat davon profitiert; durch den Abbau der Fabrikation bei Peters Union erzielt er gegenwärtig weitere Einsparungen.

Bei freier Konkurrenz auf dem Reifenmarkt wäre die Beibehaltung der hohen Preise selbstverständlich ausgeschlossen. Der Verband ist formell zwar nur ein Konditionenkartell; aber in Fachzeitschriften wird offen zugegeben, daß alle Gummireifen, die in Deutschland zum Verkauf gelangen, den gemeinsamen Preisfestsetzungen der in- und ausländischen Fabriken unterliegen, bei denen der Continental-Trust die führende Rolle spielt.

Der Reichswirtschaftsminister hat sich scheinbar bis jetzt noch nicht für das Reifenkartell interessiert. Für wen sind die von der Reichsregierung angekündigten Maßnahmen eigentlich gedacht, wenn nicht auch in erster Linie für die Gummireifen-Monopolisten, die bei einem Sinken ihrer wichtigsten Rohstoffpreise auf ein Fünftel bzw. auf weniger als die Hälfte die Preise der Fertigwaren nicht herabsetzen? Solange nicht auch gegen die Preisdiktatur der Reifenfabriken vorgegangen wird, müssen wir annehmen, daß die Reichsregierung Maßnahmen gegen die Kartelle nur angekündigt hat, um den Wählern eine angenehme Lektüre zu verschaffen, aber beileibe keine wirtschaftliche Erleichterung.

Schieles Katastrophenpolitik.

Die deutschen Ausfuhrüberschüsse nach Holland, Dänemark und Finnland.



Seit 1928 ist der deutsche Ausfuhrüberschuß nach Holland in schnellem Steigen. Er war in den drei Jahren 1928, 1929 und 1930 (1. Quartal) acht-, neun- und vierzehnmal so groß als der nach Finnland. Die Mehrausfuhr nach Dänemark ist ebenfalls beträchtlich größer. Ein Handelskrieg mit Holland und Dänemark wäre neue Arbeitslosigkeit für Hunderttausende. Kümmert das Herrn Schiele, der ohnehin 50 Mark Butterzoll als allmählich abzubauenden Erziehungszoll schon sicher hat? Es kümmert ihn nicht. Er braucht Wahlparolen gegen Hugenberg. Darum will er wertmäßig und zeitlich unbegrenzte Butter- und Käsezölle, auf die Holland und Dänemark mit dem Boykott antworten. Man muß Schiele das Handwerk legen. Am 14. September!

Kohlen- und Eisenpreise herunter!

Das Institut für Konjunkturforschung (Abteilung „Westen") stellt bei der Ruhrkohlenförderung gegenüber dem höchsten Stande von 1928 für Mai 1930 einen Rückgang um 16 Proz., bei der Kokserzeugung (für Juni 1930) einen Rückgang um 14 Proz., bei der Roheisengewinnung einen Rückgang um 33, bei der Rohstahlerzeugung um 38, bei der Walzwerksleistung um 36, bei der Gestellung von Kohlenwagen um 24 und von Güterwagen um 41 Proz. fest. Das sind ganz gewaltige Rückgänge in der Beschäftigung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks, denen nur Einhalt geboten werden kann, die durch eine Besserung der Konjunktur nur aufgehalt werden können, wenn man mit aller Energie zumindesten bei Kohle und Eisen an eine neue Senkung der Preise geht.

Die Reichsregierung erhält in diesen Ziffern neue Beweise dafür, daß es zu einer wirksamen Durchführung ihrer Kartellaktion allerhöchste Zeit ist.

Opel erweitert das Produktionsprogramm. Wie aus Rüsselsheim gemeldet wird, sind neue Arbeiterentlassungen nicht beabsichtigt. Das vorgesehene Produktionsprogramm soll sogar für 1¾-Tonnen-Lastwagen und für 4/20-PS-Personenwagen erweitert werden. Gegenwärtig werden 6169 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Die Lippische Fahrradindustrie A.-G. in Horn (Lippe) tritt jetzt als weiteres Opfer der Fahrradkrisis in Konkurs, nachdem Verkaufsverhandlungen mit dem Siegen-Solinger-Gußstahl-Aktien-Verein nur zu Streitigkeiten mit dem Bankhaus Gebr. Stern geführt haben. Die zahlungsunfähige Gesellschaft hat erst vor einem Jahr ihr Kapital von 400 000 auf 220 000 Mark herabgesetzt.

Exportsteigerung in England. Nach der amtlichen Statistik ist der britische Export im Juli 1930 gegenüber dem vorhergehenden Monat um rund acht Millionen Pfund Sterling auf 50 Millionen Pfund gestiegen.

Klärung und Sammlung.

Beschlüsse der Metallarbeiter.

Nach der Beendigung der Generaldebatte, über die wir bereits in der gestrigen Abendausgabe zusammenfassend berichteten, folgten die Schlußworte der einzelnen Berichterstatter, die fast den ganzen Nachmittag des gestrigen Verhandlungstages in Anspruch nahmen. Der Schriftleiter der „Metallarbeiter-Zeitung".

Genosse Kummer, ging zunächst auf die Kritik des Vertreters von Karlsruhe ein wegen seiner Betrachtung über den Ausgang des Ruhrkampfes Ende 1928. Kummer wies darauf hin, daß auch auf diesem Verbandstag in der Bewertung des Erfolges der Metallarbeiter im Ruhrkampf die Meinungen sehr geteilt waren. Die Schriftleitung müsse für sich das Recht in Anspruch nehmen können, auch ihre Meinung frei äußern zu dürfen. Die Schriftleitung habe auch die Pflicht, die Meinung der Verbandsmitglieder unverfälscht zum Ausdruck zu bringen. Die Verbandszeitung sei selbstverständlich auch ein Blatt des Vorstandes. Die Mitglieder sollen nicht nur Hörer der Worte von oben sein, ihre Worte sollen vielmehr auch von oben gehört werden. Das ganze Streben der Schriftleitung der „Metallarbeiter-Zeitung" sei darauf gerichtet, das Blatt lebendig zu gestalten und es nicht zum Amts- oder Mitteilungsblatt des Vorstandes herabsinken zu lassen.

Weißlik-Frankfurt a. M., Berichterstatter des Verbandsausschusses, hielt trotz der gegenteiligen Auffassung des Vorstandes und der meisten Delegierten an seiner Meinung fest, daß der Vorstand in den beiden vom Verbandsausschuß nicht gutgeheißenen Ausschlüssen von Verbandsmitgliedern zu weit gegangen sei. Mit dieser Angelegenheit wird sich noch die Beschwerdekommission und der Verbandstag beschäftigen.

Nach dem Bericht der Rechnungskommission, deren Vorschläge hinsichtlich der Festsetzung der Tagesgelder usw. mit großer Mehrheit angenommen wurden, ergriff der Verbandsvorsitzende

Genosse Brandes das Schlußwort.

Er ging einleitend auf die vom Verbandsvorsitzenden der Heizer und Maschinisten, Genossen Kiebe, am Dienstag abgegebene Erklärung ein, wonach der Verschmelzungsentwurf des Metallarbeiter-Verbandes vom Vorstand des Verbandes der Heizer und Maschinisten noch nicht endgültig abgelehnt worden sei, sondern den zuständigen Verbandsinstanzen noch unterbreitet werden solle. Genosse Brandes bemerkte zu dieser Erklärung, daß sie zwar formell richtig sei, er aber nach der bisherigen Haltung des Vorstandes des Verbandes der Heizer und Maschinisten zur Verschmelzungsfrage nicht die Ueberzeugung habe, daß die übrigen Verbandsinstanzen den sehr entgegenkommenden Entwurf des Metallarbeiter-Verbandes annehmen werden.

Ueber die Generalaussprache selbst brachte er seine Freude zum Ausdruck, daß sie zwar teilweise sehr scharf, aber in jeder Form sachlich gewesen sei.

So kann und soll auf Verbandstagen kritisiert werden,

denn eine solche Kritik kann der Entwicklung des Verbandes nur zum Vorteil gereichen. Von der inneren Gesundung des Verbandes lege die Tatsache Zeugnis ab, daß man diesmal auf dem Verbandstag ohne jede Fraktionsbildung und Fraktionsbesprechung ausgekommen ist. In der Diskussion ist manches an der Hauptverwaltung kritisiert, und zwar mit Recht kritisiert worden. Mit der Uebersiedlung nach Berlin soll aber auch eine Reform der Hauptverwaltung verbunden sein, wodurch viele der kritisierten Mißstände beseitigt werden. So sind u. a. neue Kräfte eingestellt worden lediglich zur Bearbeitung der Konzern-, Konjunktur- und Tariffragen. Für die Bibliothek des Verbandes, die schon die Bewunderung vieler geistiger Autoritäten erweckt hat, soll eine akademisch gebildete Kraft engagiert werden. Der Verbandsvorstand hat weiter die Absicht, ein besonderes Pressereferat einzurichten, das der Information der Tagespresse über alle wichtigen Fragen dienen soll. Wegen der weiten Entfernung der Hauptverwaltung von der Reichsmetropole mit ihrem Nachrichtennetz konnte diese Absicht bisher noch nicht verwirklicht werden. Durch die Sitzverlegung nach Berlin wird es gleichfalls möglich sein,

die Verbandszeitung aktueller

zu gestalten. Schließlich trägt sich der Hauptvorstand auch mit dem Plan, die Betriebsrätezeitschrift um- und auszugestalten.

Genosse Brandes ging dann näher auf die Kritik an der Schriftleitung der „Metallarbeiter-Zeitung" ein. Die Kritik auf dem vorigen Verbandstag wegen der gegensätzlichen Stellungnahme des Verbandsvorstandes und der Schriftleitung zum Schlichtungswesen war durchaus berechtigt. In solchen grundsätzlichen Fragen müsse die Verbandszeitung die Auffassung des Vorstandes unterstützen. In anderen nicht grundsätzlichen Fragen jedoch müsse die Schriftleitung freie Hand haben.

Zur Frauenerwerbsarbeit könne der Vorstand die von der Genossin Gladosch-Berlin vorgetragene Auffassung nicht ganz teilen. Gewiß denke kein vernünftiger Mensch daran, die Frauenerwerbsarbeit zu verhindern. In einer Zeit aber, wo Millionen von Männern arbeitslos sind, müsse man doch die Frage prüfen, ob es noch angängig sei, Frauen in den Betrieben zu belassen, deren Männer ein gutes Einkommen haben und die durch ihre nicht unbedingt notwendige Mitarbeit erwerbslosen Männern und vor allem Familienvätern den Arbeitsplatz streitig machen.

Wenn sich die sogenannte „Opposition" darüber beklagt hat, daß sie bei der Besetzung der verschiedenen Kommissionen nicht berücksichtigt wurde, so war das bestimmt keine Absicht. Aber selbst wenn es Absicht gewesen wäre, hätten die Delegierten für die Ausschaltung von Kommunisten aus diesen Kommissionen gewichtige Gründe gehabt. Es berührt keinem Delegierten besonders sympathisch, daß die kommunistischen Delegierten auf dem Verbandstag, obwohl sie nicht mehr „linientreu" sind, sondern die schädliche Gewerkschaftstaktik der KPD. verurteilen,

nicht den längst notwendigen Trennungsstrich

zwischen sich und der KPD. ziehen, sondern anläßlich der bevorstehenden Reichstagswahlen noch zur Stimmabgabe für diese gewerkschaftsfeindliche Partei auffordern. Wenn die meisten Delegierten und der Verbandsvorstand für die Wahl von Sozialdemokraten in den Reichstag eingetreten sind, so vor allem, weil sie wissen, daß jeder Gewinn der KPD. nur dazu beiträgt, die Front der Arbeiterfeinde zu stärken. Die Delegierten wissen aus Erfahrung, daß jeder Vorstoß der sozialdemokratischen Vertreter im Parlament mit einem Dolchstoß der kommunistischen Fraktion quittiert wird.

Von der Einberufung eines Reichsbetriebsrätekongresses, wie es in der Debatte angeregt wurde, müsse der Vorstand solange Abstand nehmen, bis die Gewähr dafür besteht, daß eine solche Veranstaltung nicht ein Kongreß des Bruderstreites wird. Ganz entschieden müsse die von einigen kommunistischen Delegierten erhobene Behauptung zurückgewiesen werden, daß sich der Verbandstag nicht aus proletarischen Elementen zusammensetze. Zwei Drittel der Delegierten sind Betriebsarbeiter und dem anderen Drittel, das aus Verbandsangestellten besteht, wird kein ehrlicher Arbeiter das proletarische Empfinden absprechen wollen.

Die Kritik an dem Schlichtungswesen,

die besonders von den sächsischen Delegierten geübt wurde, ist infolge der letzten Entscheidungen vieler Schlichtungsinstanzen durchaus begreiflich. Aber wegen dieser Fehlentscheidungen kann man nicht einfach das gesamte Schlichtungswesen in Bausch und Bogen verurteilen. Vor allem dürfe man die eine Tatsache nicht aus dem Auge verlieren, daß in der Vorkriegszeit bei sinkender Konjunktur die Löhne der Arbeiter jäh hinabsanken, während sie seit dem Bestehen des Schlichtungswesens auch in den schlechtesten konjunkturellen Zeiten fast ausnahmslos auf der einmal erreichten Höhe gehalten werden konnten. Schließlich müsse man aber auch dem Staat, von dem man ein Eingreifen in die Wirtschaft verlangt, zugestehen, daß er in den Teil der Wirtschaft eingreifen kann, der die Arbeitsverhältnisse betrifft, wenn dieses Eingreifen zur öffentlichen Pflicht wird.

Auf die Lohnpolitik eingehend, betonte Genosse Brandes zum Schluß mit allem Nachdruck, daß der Metallarbeiter-Verband stets für einen Lohnaufbau, besonders hinsichtlich der Tariflöhne, eingetreten sei und sich auch weiterhin mit aller Kraft den Lohnabbauversuchen der Unternehmer entgegenstemmen werde.

Nach dem beifällig aufgenommenen Schlußwort des Genossen Brandes erledigte der Verbandstag noch zahlreiche zum Geschäftsbericht vorliegende Anträge. Er machte sich die Vorschläge der Antragskommission restlos und fast einstimmig zu eigen. Eine Entschließung zur Reichstagswahl veröffentlichen wir an anderer Stelle. Zum Geschäftsbericht selbst nahm der Verbandstag folgende Resolution gegen 8 kommunistische Stimmen an:

„Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage beweist erneut den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaft. Der wachsende Wettbewerb zur Eroberung neuer Absatzmärkte mit dem Ziel: Erhöhung der Profitrate, hat zur enormen Steigerung der Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel geführt. Für diese Gütererzeugung konnte sich ein gleich großer Wiederverbrauch nicht entwickeln. Die Massenkaufkraft ist nicht gesteigert, sondern noch gesenkt worden. Das Ergebnis des technischen Fortschritts und der mit stärksten Mitteln betriebenen Rationalisierung hat nicht zum wirtschaftlichen Aufstieg, sondern zum sozialen und wirtschaftlichen Niedergang geführt.

Massenarbeitslosigkeit, Massenelend,

Vernichtung wirtschaftlicher Existenzen und geifernde Not breitester Schichten des Volkes sind die Folgen.

Der Verbandstag bestätigt erneut, daß der technische Fortschritt für den kulturellen Aufstieg des gesamten Volkes notwendig ist. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung erweist sich jedoch immer unfähiger, Herstellung und Verteilung der Güter in einer dem Wohle der Gesamtheit dienenden Weise zu regeln. In ihr werden die technischen Fortschritte nicht zu einem Mittel des Wohlstandes, sondern des Notstandes der Massen.

Nur die sozialistische Wirtschaft kann eine Aenderung herbeiführen. Bis zur Erreichung dieses Ziels ist Herabsetzung der Arbeitszeit entsprechend dem jeweiligen Produktionsstand unbedingt notwendig, Steigerung der Kaufkraft der Massen muß erreicht werden.

Der Verbandstag stellt fest, daß die Schlichtungsorgane diesen volkswirtschaftlichen Notwendigkeiten in keiner Weise Rechnung getragen haben. Im Gegenteil, das Unternehmertum ist in seinem von sozialer und wirtschaftlicher Unvernunft getragenen Widerstand gegen die Verkürzung der Arbeitszeit und in seinen brutalen Lohnabbaumaßnahmen unterstützt worden. Der Verbandstag verurteilt diese einseitige Haltung auf das schärfste.

Der Verbandsvorstand hat die Aufgabe,

diese Unvernunft zu brechen.

Den Opfern einer überlebten Wirtschaftsweise, den Arbeitslosen, muß in ausreichendem Maße geholfen werden, der soziale Abbau muß rückgängig gemacht, die sozialen Errungenschaften müssen gesichert und ausgebaut werden.

Der Verbandstag stellt sich einmütig hinter die Beschlüsse des ADGB. und des Internationalen Gewerkschaftskongresses.

Zur Erreichung der Forderungen ist höchste Solidarität und Disziplin der Metallarbeiter dringendstes Erfordernis. Wer gegen diese selbstverständliche proletarische Pflicht verstößt, vergeht sich in schlimmster Weise an den Interessen des arbeitenden Volkes.

Angesichts des ungeheuren Ernstes dieser Zeit, in der der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit immer schärfer wird, ruft der Verbandstag die Metallarbeiter auf

zur höchsten Geschlossenheit und Kampfbereitschaft."

Gestäupte Verleumder.

KPD.-Lügen über das Bezirksamt Prenzlauer Berg.

Mehrere Tage hindurch veröffentlichte die „Welt am Abend" und nach ihr auch die „Rote Fahne" eine Artikelserie, in der die ungezogensten Angriffe gegen die Betriebsvertretung beim Bezirksamt Prenzlauer Berg, insbesondere gegen den Vorsitzenden des Betriebsrats, Genossen Karl Haupt, erhoben wurden. Der Betriebsrat rief deshalb zu Mittwoch nach dem Altersheim in der Danziger Straße eine Belegschaftsversammlung ein, die bis auf den letzten Platz gefüllt war. Die Versammlung wurde zu einer gehörigen Abrechnung mit den schmutzigen Verleumdern, die zu feige waren, aufzustehen und vor versammelter Belegschaft ihre Anwürfe zu wiederholen. Statt dessen traten in der Diskussion eine Reihe von Kommunisten auf, die wörtlich erklärten: „Es ist uns unangenehm, daß diese Veröffentlichungen erfolgt sind; Haupt hat bewiesen, daß er unschuldig ist." Unter dem stürmischen Beifall der Versammlung konnte Genosse Haupt erklären, daß er es ablehne, den Verleumderblättern auch nur eine Berichtigung zu senden; die schmierigen Burschen in den kommunistischen Redaktionsstuben können niemals die Ehre eines sozialdemokratischen Betriebsfunktionärs in den Schmutz ziehen.

Gegen ganze zwei (!) Stimmen wurde nachstehende Entschließung angenommen:

„Die am 20. August 1930 stattfindende Betriebsvollversammlung der Arbeiter und Angestellten des Bezirksamtes Prenzlauer Berg hat sich mit den in der „Welt am Abend" und der „Roten Fahne" erschienenen Artikeln, worin die schwersten Vorwürfe und Anklagen gegen den Betriebsratsvorsitzenden des Bezirksamts, Kollegen Haupt, erhoben werden, beschäftigt. Die Belegschaft verurteilt aufs schärfste die Schreibweise dieser Zeitungen und erblickt in den gegen Haupt gerichteten Angriffen eine offensichtliche Ehrabschneidung und Verleumdung, die jeglicher Grundlage entbehrt.

Die Arbeitnehmer des Bezirksamts sind vielmehr der Auffassung, daß die mit Balkenüberschrift veröffentlichten Artikel ein Wahlmanöver darstellen, um die Sozialdemokratische Partei bzw. die Gewerkschaften, deren Funktionär der Betriebsratsvorsitzende Haupt ist, in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren und herabzusetzen. **Die Versammlung spricht dem Kollegen Haupt nach wie vor das Vertrauen aus."**

Der Streik in Frankreich.

Mustergültige Disziplin der Arbeiterschaft.

Paris, 20. August. (Eigenbericht.)

In den gestern stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem Arbeitsminister Pierre Laval mit dem Streikkomitee haben die Gewerkschaften die Vorschläge der Arbeiterschaft zur Beilegung des Streikes nochmals schriftlich unterbreitet. Darin erklären sich die Streikenden bereit, sofort in die Fabriken zurückzukehren, wenn sie die bindende Zusage erhalten, daß die Löhne am 1. Oktober dem neuen amtlichen Teuerungsindex, der an diesem Tage veröffentlicht wird, angepaßt werden. Die Arbeitgeberschaft des Gebietes von Armentilliers hat gleichzeitig ein Angebot an die Streikenden erlassen, das sich mit den Forderungen der Gewerkschaften deckt. Durch diesen Vorschlag ist der Streik im Revier von Armentilliers praktisch beendet.

Auch der Bierkonsum geht zurück.

Die Krise bei den Nahrungsmittel- und Getränkearbeitern.

Die jetzige Wirtschaftskrise ist so heftig, daß selbst der doch nur Konsummittelindustrien umfassende Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter aufs schwerste von ihr erfaßt wird. Die Berliner Ortsgruppe des Verbandes hielt am Dienstag im Gewerkschaftshaus ihre Delegiertenversammlung ab, wo Genosse Hodapp in seinem Geschäftsbericht für das 2. Quartal 1930 darüber nähere Angaben machte. Bei den Mühlenarbeitern ist die Krise langsam zu einer chronischen geworden, die Arbeitsmarktverhältnisse sind geradezu katastrophal. Auf dem Bäckernachweis wurden am 15. August 3483 arbeitsuchende Bäckereiarbeiter gezählt, denen keine einzige offene Stelle gegenüberstand. Bei den Konditoren sind 746 männliche und 2109 weibliche Arbeitskräfte erwerbslos, hier kam eine einzige offene Stelle heraus. Aehnlich liegen die Dinge bei den Fleischern und in der Süßwarenbranche, ja selbst bei den Brauern, wo um diese Jahreszeit immer Berufsfremde als Aushilfen vermittelt wurden, sind 316 Kollegen auf dem Nachweis verblieben. Infolge der Bierpreiserhöhung und der Riesenerwerbslosigkeit ist der Bierkonsum zurückgegangen und die Brauereien haben Kurzarbeit eingeführt.

Trotzdem gelang es der Organisation, zahlreiche Verschlechterungsanträge der Unternehmer zu den laufenden Lohn- und Manteltarifabkommen zurückzuweisen. In einigen Branchen konnten sogar erfolgreiche Lohnbewegungen geführt werden, bei denen immerhin nennenswerte Zulagen für die Beteiligten herausgeholt werden konnten. Die Bewegungen, die vor dem Schlichtungsausschuß entschieden wurden, endeten meist mit einer Verlängerung der geltenden Tarife. Die Kassenverhältnisse der Ortsgruppe haben sich weiter günstig entwickelt, trotz großer Unterstützungszahlungen stieg der Lokalkassenbestand im 2. Quartal um 8000 M.

In der kurzen Diskussion zum Geschäftsbericht protestierte Genosse Schulz scharf gegen die Absicht der Brüning-Regierung, die gewerbsmäßigen Stellenvermittler bis 1933 weiter bestehen zu lassen, sofern sie schon vor 1910 ihr Gewerbe ausübten. Da die einschlägigen Stellenvermittler fast alle schon seit 1910 existieren, werden sie alle von der Galgenfrist profitieren. Dies ist aber für die Organisation untragbar.

Die Delegiertenversammlung wurde nach einem mit stürmischem Beifall aufgenommenen Appell des Genossen Hodapp, **am 14. September alles für den Sieg der Liste 1 einzusetzen,** und einem donnernden Hoch auf den Bund zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie geschlossen.

Achtung, Putzer! Bei der Firma H. u. W. Meier auf der Baustelle Neukölln, Weigandufer 40/44, Ecke Thiemannstraße, sind die Differenzen mit den Außenputzern beigelegt. Die Bausperre ist hiermit aufgehoben.

Deutscher Baugewerksbund, Fachgruppe der Putzer.

Achtung, Bauarbeiter! Die Firma August Pohlmann, Baustelle Tempelhof, Albrechtstraße, und Neukölln, Jonasstraße, Baufirma Lenz u. Co., ist für Kalksascheputzer wegen Nichteinhaltung des Tarifvertrages für stuckgewerbliche Arbeiten gesperrt. Baugewerkschaft Berlin, Fachgruppe Stuck- u. Gipsbau.

Siemens-Werner-Werke. Freitag, 16½ Uhr, bei Seibel, Siemensstraße Ecke Märkischer Steig, Fraktionsversammlung der SPD. Erscheinen sämtlicher Genossen, Arbeiter und Angestellte, dringend erforderlich. Parteibuch legitimiert.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Donnerstag, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Köpenick:** Jugendheim Grünauer Str. 5. Vortrag: „Die Frau im Berufsleben". — **Gesundbrunnen:** Jugendheim Rote Schule, Gotzkowsky Str. 2. Wir öffnen unseren Fragekasten. — **Südosten:** Gruppenheim Reichenberger Str. 66 (Feuerwehrhaus). Heiteres auf Schallplatten. — **Tempelhof:** Treffen um 18½ Uhr Park- Ecke Berliner Straße zur Agitation. — **Moabit:** Jugendheim Lehrter Straße 18—19. Punkt 8 Uhr Abend. — **Nord-Lichtenberg:** Jugendheim Gunterstr. 44. Vortrag: „Was bedeutet uns Sozialpolitik?" — **Lichtenberg:** Jugendheim Paulstraße, an der Lichtenberg. Unsere Burschen gehen den T . . . an!

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Donnerstag, finden folgende Veranstaltungen statt: **Pankow-Niederschönhausen:** Jugendheim Görschstr. 14 (Kleines Zimmer). Vortrag: „Neue Wege der Fürsorgeerziehung". Referent: Mamroch. — **Treptow:** Jugendheim der Schule Wilhelmhagenstr. 56 (Zugang von der Grenzstraße in Treptow). In Treptow ist Rummel. Jeder bringt 10 Pf. mit. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Seitengebäude, Thüringerzimmer). Vortrag: „Krieg, Freiheit, Menschheit". Referentin: Friedel Hall. — **Osten:** Jugendheim der Schule Pilauer Str. 18. Vortrag: „Jugend und Sport". Referent: Kafel. — **Spiel und Sport:** Ab 19 Uhr im Volkspark Rehberge. Ab 18 Uhr auf dem Sportplatz Berliner Straße (Nordwest). Ab 19 Uhr auf dem Sportplatz Olbersstraße (Charlottenburg).

Sunlicht Seife
schont Wäsche,
Börse, Kräfte!
SS 7109